



Versäumte Erinnerung?

Rechtsextremer Bombenterror
1993-1996 in Österreich

Impressum

Initiative Antifaschistisches Gedenken
Wien, 2025
initiativegedenken.noblogs.org
antifaschistisch-gedenken@riseup.net

Gefördert durch die HochschülerInnenschaft an der Universität Wien.



bagru.GEWI

Institutsguppe Politikwissenschaft

Versäumte Erinnerung?

Rechtsextremer Bombenterror
1993–1996 in Österreich

Diese Broschüre gibt es auch digital:



Vorwort

Kapitel 1: Kontext

Rechtsextremer Bombenterror 1993-1996 in Österreich. Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 3
Oberwart im gesellschaftspolitischen Kontext Gruppe für organisierten Antifaschismus [wien]	Seite 10
Rede gehalten am Stock-im-Eisen-Platz nach dem Oberwarter Bombenattentat, Februar 1995 Doron Rabinovici	Seite 15
Vom Täter zum Opfer. Österreich von 1945 bis zum Briefbombenterror der 1990er Jahre Julian Stricker-Neumayer	Seite 18
Einer oder viele? Zum aktuellen Rechtsterrorismus und seinen Ursachen Andreas Peham	Seite 22

Kapitel 2: Perspektiven

Hass traf meine Familie. Meine Perspektive auf den Bombenanschlag von Oberwart Manuela Horvath	Seite 28
Gedenken und Alltag in Oberwart Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 34
In Gedenken an Josef Simon, Peter Sarközi, Erwin Horvath und Karl Horvath.	Seite 36
Die Initiative Minderheiten und ihre Ausstellung "Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993 - 1996" Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 42
Bomben in die Krawottei Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 46
Im Gespräch mit Franz Grandits Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 47
"... aber heute ist das erste Mal, dass wir im Gasthaus über dieses Thema reden.." Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 51
Der Kampf für die zweisprachige Volksschule 24/Javna dvojezična ljudska šola 24 in Klagenfurt/Celovec und der versuchte Bombenanschlag 1994 Im Interview mit Jože Messner	Seite 58

Kapitel 3: Was tun?

Was tun? Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Zeiten rechter „Normalzustände“ Bianca Kämpf	Seite 68
"Rechter Terror vor Gericht" - kritische Einordnung rechter Gewalt und juristischer Konsequenzen Prozess Report	Seite 72
Was bedeutet antifaschistisches Gedenken? Initiative Antifaschistisches Gedenken	Seite 82

Anhang

Die vorliegende Broschüre behandelt den Brief- und Rohrbombenterror in Österreich 1993-1996. Im Jahr 2023 haben wir uns als Initiative Antifaschistisches Gedenken in Wien und Graz gegründet, Anlass war der 30. Jahrestag des Beginns der Bombenserie. Diese Broschüre stellt ein Ergebnis unserer Arbeit der letzten zwei Jahre dar. Wir haben viel diskutiert, die Gruppe hat sich verändert, wir durften viele Menschen kennenlernen und haben uns mit unterschiedlichen Betroffenen des Bombenterrors intensiv ausgetauscht und die Inhalte dieser Broschüre erarbeitet. Ausgangspunkt unserer Arbeit war die Beobachtung, dass eine kritische, antifaschistische Auseinandersetzung mit der historischen rechten Gewalt in Österreich nach 1945 bis auf wenige Gegenbeispiele fast völlig fehlt. Der Brief- und Rohrbombenterror wird vor allem von Betroffenen selbst erinnert und bearbeitet, die österreichische Mehrheitsgesellschaft übt sich eher in Verdrängung und Ignoranz. Dem wollen wir entgegenarbeiten.

Die vorliegende Broschüre gliedert sich in drei Hauptkapitel. Das erste Kapitel nimmt einleitend die historischen und gesellschaftspolitischen Hintergründe des Terrors in den Blick und beinhaltet auch die Chronologie des Bombenterrors.

Im zweiten Kapitel, das den Mittelpunkt der Broschüre darstellt, geht es um die Perspektive der Betroffenen des Terrors, insbesondere der drei Rohrbomben in Klagenfurt/Celovec, Oberwart/Erba und Stinatz/Stinjaki. Das Herz des Kapitels und der Broschüre bilden die Biografien von Josef Simon, Erwin Horvath, Karl Horvath und Peter Sarközi, die in der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 in Oberwart ermordet wurden. Im letzten Kapitel stehen antifaschistische Perspektiven auf Erinnern und Gedenken im Fokus und wir folgen der Frage, welche Perspektiven für die Gegenwart und Zukunft sich aus der Beschäftigung mit rechter und rechtsextremer Gewalt ergeben. Im Anhang der Broschüre findet ihr eine kurze Begriffssammlung, sowie eine Liste mit Weiterlesetipps. Jedes Kapitel hat zur besseren Orientierung eine eigene Farbe und eine Einleitung, in der die einzelnen Texte kurz vorgestellt werden.

Wir danken allen, die an der Realisierung dieses Projekts mitgearbeitet haben, insbesondere allen Autor*innen und Gesprächspartner*innen. Außerdem danken wir unserer Layouterin.

Initiative Antifaschistisches Gedenken,
Winter 2025



Im ersten Kapitel der Broschüre steht der historisch-politische Kontext im Vordergrund. Was ist passiert und welche gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichten den rechten Terror in den Jahren 1993 bis 1996? Nach einem einleitenden Text der IAG behandelt die Gruppe für organisierten Antifaschismus in ihrem Beitrag den gesellschafts-politischen Kontext des Rohrbombenattentats von Oberwart. Eine unmittelbar nach dem Anschlag gehaltene Rede von Doron Rabinovici bietet einen Einblick

in die politischen Verhältnisse der 90er Jahre. Der Beitrag von Julian Stricker-Neumayer untersucht den Bombenterror im Kontext der österreichischen Nachkriegsgeschichte und befasst sich mit Schuldabwehr, versäumter Aufarbeitung der NS-Verbrechen und dem Aufstieg der FPÖ. Andreas Peham stellt mit seinem Text einen Zusammenhang zwischen rassistischen Diskursen und konkreten rechtsterroristischen Taten im internationalen Kontext her und hinterfragt das Deutungsmuster „Einzeltäter“.

1993	
	August Janisch Silvana Meixner Helmut Schüller Madeleine Petrovic Helmut Zilk
Dezember	Briefbomben-Serie I · Slowenischer Kulturverein in Bad Radkersburg/Wolfgang Gombocz Terezija Stoisits Johanna Dohnal Islamischer Ausländer-Hilfsverein/Astrid B. ARGE Ausländerbeschäftigung der WKO
1994	
August	Bombenanschlag auf die Rennerschule in Klagenfurt/Celovec
Oktober	Briefbomben-Serie II · Gastarbeiterreferat der Diözese Feldkirch Klagenfurter Wieser-Verlag Hallein Papier AG Abt des Stifts Wilten
1995	
5. Februar	Karl Horvath, Peter Sarközi, Josef Simon und Erwin Horvath werden in Oberwart ermordet In Stinatz explodiert eine Bombe und verletzt Erich Preiszler schwer
Juni	Briefbomben-Serie III · Arabella Kiesbauer Eva Kulmer Dietrich Szameit
Oktober	Briefbomben-Serie IV · Mahmoud Abou-Roumie Südkoreanisches Ehepaar Maria Loley
Dezember	Briefbomben-Serie V · UNHCR-Büro Wien Ungarische Partnervermittlung Kőszeg Angela Resetarits Indische Familie
1996	
Dezember	Briefbomben-Serie VI · Lotte Ingrisch

Rechtsextremer Bombenterror 1993-1996 in Österreich. Eine Einführung.

Initiative Antifaschistisches Gedenken

Zwischen 1993 und 1996 wurden in Österreich 25 Briefbomben von mindestens einem Rechtsterroristen versendet. Die Adressat*innen waren divers: Minderheitenangehörige, Aktivist*innen gegen Rassismus, humanistisch motivierte Pfarrer, Politiker*innen, Reporterinnen, und einfach Menschen, die aufgrund rassistischer Zuschreibungen zur Zielscheibe wurden. Die Briefbomben verletzten 15 Menschen, teilweise schwer.

In den Jahren 1994 und 1995 wurden außerdem drei Rohrbombenanschläge verübt:

Im Spätsommer 1994 wird eine Bombe vor die kärntner-slowenische Volksschule in Klagenfurt/Celovec gelegt. Beim Versuch sie zu entschärfen, verliert der Polizist Theodor Kelz beide Unterarme.

In der Nacht von 4. auf 5. Februar 1995 werden die vier Roma Erwin und Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon im burgenländischen Oberwart durch eine Rohrbombe ermordet.

Am 6. Februar 1995 wird der Müllerarbeiter Erich Preiszler im burgenlandkroatischen Stinatz durch eine baugleiche Bombe schwer verletzt. Er verliert die rechte Hand. [1]

Bekennerschreiben und „Bajuwarische Befreiungsarmee“

Bereits den Briefen der ersten Serie waren kurze Schreiben beigelegt, unterzeichnet von „Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg“. Starhemberg leitete die Verteidigung Wiens während der Zweiten Türkenbelagerung 1683. Dass der 1993 keine Briefbomben versenden konnte, ist klar. Es handelt sich hier aber um kein zufällig gewähltes Alias: Bezüge österreichischer Rechtsextremer auf die Verteidigung der Hauptstadt gegen „die Türken“ (und insbesondere auf die Figur Starhemberg) sind überaus typisch.

Etwa zwei Wochen nachdem die ersten Briefbomben explodiert waren, verschickten die Terroristen ein mehrseitiges Bekennerschreiben – wieder unter dem Namen Starhembergs. In den nächsten Jahren wurden zahlreiche

weitere Schreiben verschickt, fortan unterzeichnet von der selbsternannten „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (BBA). Die Bekennerschreiben beziehen sich klar auf rechtsextreme und neonazistische Ideologie, es werden einschlägige Slogans und Begriffe verwendet, auch der Name der BBA scheint inspiriert zu sein von einem Artikel in der NPD-nahen Zeitschrift „Vorderste Front“ aus dem Jahr 1992, in welchem dazu aufgerufen wurde, die „Bajuwarische Einheit“ wiederherzustellen. Die Schreiben sind voll von Rassismus und Fantasien über „Umvolkung“ und angeblich herrschendem „Panslawismus“. Sie enthalten Gewaltaufrufe gegenüber der sogenannten „Tschuschen-Diktatur“ (so wird Österreich bezeichnet, da zu viele Politiker*innen slawisch klingende Nachnamen hätten) und Solidaritätserklärungen gegenüber Neonazis. Die Schreiben argumentieren einer deutschen nationalen und ethnopluralistischen Logik folgend. Antisemitische Aussagen sind ebenfalls zu finden, zentral sind aber vor allem antislawische Verschwörungsideen.

Einzeltäterthese, Verhaftung

Im Oktober 1997 wird der rechtsextreme Franz F. bei einer Polizeikontrolle als vermeintlicher Einzeltäter geschnappt. Die Behörden gehen also davon aus, dass er alleine gehandelt hat – bis heute

VAPO Die Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO) war eine militante, neonazistische Gruppe unter Führung von Gottfried Küssel die ab 1986 bis Mitte der 1990er agierte. Die VAPO orientierte sich ideologisch am Nationalsozialismus mit dem Ziel der Neugründung der NSDAP und war in ganz Österreich aktiv und international, vor allem nach Deutschland, vernetzt.

gibt es von unterschiedlichen Seiten erhebliche Zweifel an dieser Einzeltäterthese. Unter anderem ist völlig unklar, wie es möglich war, dass der verurteilte Täter die Sprengsätze, die in den Bomben verwendet wurden, allein in seiner Privatwohnung gebaut haben soll – ohne Ausbildung oder professionelle Laborausrüstung. Außerdem wird es als relativ unwahrscheinlich betrachtet, dass die Bekennerschreiben in dieser Wohnung und von nur einer Person verfasst wurden. [2]

Politische Einordnung

Unabhängig davon, ob F. Einzeltäter war oder nicht: Die Taten müssen im Kontext des politischen Klimas der 1980er und 90er betrachtet werden. Denn die Bombenanschläge wären nicht denkbar ohne das politische Klima dieser Zeit, das geprägt war von rassistischer Stimmungsmache und Gewalt.

In den frühen Neunzigern hielt die neonazistische VAPO Gottfried Küssels Wehrsportübungen ab, die Szene rüstete sich für den Kampf. 1992 wurde eine Geflüchtetenunterkunft von Neonazis in Brand gesteckt, im gleichen Jahr wurde der jüdische Friedhof in Eisenstadt geschändet. Auch die parlamentarische Rechte erlebte einen Wandel: Die FPÖ entwickelte sich unter Obmann Jörg Haider rasant in Richtung rechten Rand, mit dem „Österreich-Zuerst-Volksbegehren“ verließen auch die letzten halbwegs liberalen Mitglieder die Partei und die

FPÖ wurde zu dem, was sie heute ist: eine rechtsextreme Partei. Mit dieser öffentlichen Radikalisierung der FPÖ wurden auf einmal Dinge sagbar gemacht, die seit 1945 zumindest nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochen werden konnten: rassistische, antiziganistische und antisemitische Einstellungen konnten wieder offen geäußert werden. Und eine Gesellschaft, in der solche Einstellungen toleriert und schlussendlich belohnt werden, macht sich mitverantwortlich für die gewaltvollen Taten, die auf die verbale Hetze folgen.

Der Extremismusexperte Andreas Peham sagt: „Ein ‚Einzeltäter‘ begeht die Tat im Glauben, nicht allein zu sein – bei Anders Breivik waren es ‚die Tempelritter‘, bei Fuchs die ‚Bajuwarische Befreiungsarmee‘. Diese Taten wären ohne ihr ideologisches Umfeld nicht vorstellbar.“ [3] Bis heute gilt der verurteilte Terrorist als verrücktes Genie, als durchgeknallter Einzelgänger, als psychisch Kranker. Die extrem rechte Ideologie, die hinter dem Terror steckt und der politische Kontext, in welchem die Terrorserien zu betrachten sind, wurden und werden in der Debatte meist ignoriert.

Hausdurchsuchung statt Krisenintervention

Ein großer Teil der österreichischen Medien und Öffentlichkeit deutete die Gewalt damals rassistisch um. Das lag ohne Zweifel auch am Umgang der

offiziellen Politik mit den Terroranschlägen. Am heftigsten zeigte sich das nach dem Vierfachmord in Oberwart: Das SPÖ-geführte Innenministerium äußerte sich zu dem tödlichen Bombenanschlag zunächst überhaupt nicht. Dann wurden zwei Theorien des Ministers veröffentlicht, wovon eine davon ausging, dass die vier Männer sich gegenseitig ermordet hätten. Die Polizei durchsuchte am Nachmittag des 5. Februar 1995 auf brutale Art alle 19 Wohnungen der Roma-Siedlung. Fünf Beamte pro Wohnung wühlten sich gleichzeitig durch die privaten Lebensräume der Menschen, deren Nachbarn, Freunde, Söhne, Brüder, Cousins, Enkel oder Ehemänner gerade direkt vor ihrer Haustür ermordet worden waren. [4] Tina Nardai war damals elf Jahre alt: „Sie haben alles auf den Kopf gestellt, unsere Schultaschen ausgeschüttet, alles mitgenommen, was ihnen handwerklich relevant erschien. Ich weiß nicht, ob sich jemand später offiziell entschuldigt hat. Keine Ahnung. Das war mein 5. Feber 1995.“ [5] Psychomedizinische Versorgung erhielten die Angehörigen der Ermordeten keine: „Auf die Bedürfnisse der Hinterbliebenen der vier Todesopfer wurde zum damaligen Zeitpunkt keine Rücksicht genommen. Bei der Beerdigung waren sie alle schutzlos dem medialen und öffentlichen Interesse ausgesetzt. Psychosoziale Unterstützung oder therapeutische Hilfe erhielten wir nicht. Mit unserer Trauer, mit unserer Angst und mit unserer Wut mussten wir damals alleine fertig werden.“ berichtete Manu-

Anschlag von Ebergassing: Am 11. April 1995 kam es in Ebergassing zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf eine Hochspannungsleitung. Durch die zu frühe Detonation zweier Sprengsätze wurden die beiden Anarchisten Peter Konicek und Gregor Thaler getötet.

ela Horvath auf einer Gedenkveranstaltung im März 2025. [6]

Interventionen der FPÖ

Die FPÖ, Haider und die österreichische rechtsextreme Szene bemühten sich darum, die Terrorserie und besonders das Attentat von Oberwart als linken Terror darzustellen, sowie die Opfer und ihre Familien verantwortlich zu machen und zu diffamieren. So wurden von der FPÖ vehement Verbindungen zum Sprengstoffattentat in Ebergassing hergestellt und verbreitet. Statt ordentlich zu ermitteln, war die Polizei mit dem Verfolgen falscher, von FPÖlern gelegten Fährten beschäftigt. [7] Den Ermordeten und ihren Familien wurden öffentlich illegale Aktivitäten unterstellt, sie wurden auf massive Art und Weise antiziganistisch beleidigt und diffamiert.

Rechtsextremer Terror: entpolitisiert und vergessen

Die meisten Österreicher*innen wissen besser Bescheid über die vermeintlichen psychischen Diagnosen des verurteilten Täters, als über die Empfänger*innen der Bomben und den politischen Charakter der Gewaltserie. Die Tatsache, dass die Erinnerung an rechten Terror den Täter in den Mittelpunkt stellt, gibt ihm noch mehr Macht und Aufmerksamkeit. Und Aufmerksamkeit für den Täter bedeutet auch Aufmerksamkeit für seine menschenverachtende Ideologie. Die Erinnerung

an den Schmerz und die Angst der betroffenen Menschen, Familien und Minderheitengruppen wird gelebt von wenigen, in erster Linie von denen, die es direkt betrifft.

Die österreichische Mehrheitsbevölkerung erinnert sich heute an ein entpolitisiertes Gewaltverbrechen, begangen von einem angeblich geistig verwirrten Einzeltäter. Dass dieser Täter sich inhaltlich wie sprachlich völlig eindeutig auf die rechtsextreme und neonazistische Szene und Ideologie bezog, wird heute wie damals vergessen und ignoriert.

Bis heute hat sich für diese Terrorserie keine richtige Gedenkkultur entwickelt. Doch wir halten eine solche für unerlässlich!

Wir wollen deshalb mit dieser Broschüre dazu beitragen, dass sich in Österreich eine antifaschistische Gedenkpraxis etabliert; dass rechtsextreme Gewalt weder entpolitisiert noch bagatellisiert wird.

Und wir möchten, dass die Opfer und Betroffenen nicht vergessen werden. Dass ihre Namen erinnert werden, statt die Namen der Täter.

Für eine solidarische, antifaschistische Gedenkkultur!

Gegen das Vergessen!

Bild: Alexander Wallner



[1] eine gesammelte Auflistung aller Adressat*innen und Opfer befindet sich auf unserem Blog: initiativegedenken.noblogs.org/chronologie-des-terrors

[2] Vašek (1999): Ein Funke genügt, S. 286ff.

[3] Stimme Nr. 131 (2024). Begleitheft zur Ausstellung „Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993-1996“, S. 34

[4] Purtscheller (1998): Delikt: Antifaschismus, S. 26

[5] Nardai im Interview für die Ausstellung „Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993-1996“/Stimme Nr. 131, S. 28

[6] Die gesamte Rede befindet sich auf unserem Blog. Die Burgenlandromni ist die Cousine von Karl und Erwin Horvath. Sie leitet die Romapastoral der Diözese Eisenstadt und ist Hauptverantwortliche für die jährliche Gedenkfeier in Oberwart.

[7] Der FPÖ-Funktionär Martin Magdits gab sich bspw. gegenüber einem Siedlungsbewohner wiederholt als Ermittler aus und versuchte, ihn zu einer Falschaussage zu drängen. Nachzulesen etwa bei Purtscheller (1998)

Oberwart im gesellschafts- politischen Kontext

Gruppe für organisierten Antifaschismus [wien]

Die 2023 gegründete Gruppe für organisierten Antifaschismus [wien] arbeitet zu Rechtsextremismus und Neonazismus. Ein Fokus der Gruppe liegt auf antifaschistischer Gedenkarbeit, die das Erinnern und Dokumentieren rechtsextremer Morde und Gewalt in Österreich bedeutet, wie z.B. das Gedenken an den 1965 ermordeten Antifaschisten Ernst Kirchweyer.

Im Jahr 2025 jährte sich das rechtsextreme Bombenattentat in Oberwart, bei dem die Roma Josef Simon, Peter Sarközi, Erwin Horvath und Karl Horvath ermordet wurden, zum dreißigsten Mal. In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 patrouillieren die vier, wie an vielen Abenden seit August 1994, in dem in Klagenfurt die erste Rohrbombe explodierte, um die Oberwarter Roma-Siedlung. Als sie ein Schild mit einer antiziganistischen Aufschrift entfernen wollen, detoniert die darunter platzierte Bombe und tötet sie.

Dieser Text wirft einen Blick auf die Hintergründe der Tat, das Versagen der Ermittlungsbehörden, die Rolle der FPÖ und der Medien sowie das gegenwärtige Gedenken an die Opfer des Anschlags.

Nach dem Anschlag

Nachdem die Bewohner*innen der Oberwarter Roma-Siedlung vier Personen aus ihrer Mitte durch die antiziganistische Tat der selbsternannten „Bajuwariischen Befreiungsarmee“ (BBA) verloren hatten, sahen sie sich mit der rassistischen Arbeitsweise von Presse, Polizei und Politik konfrontiert. Anstatt den Angehörigen der vier Toten eine selbstbestimmte Möglichkeit des Gedenkens zu ermöglichen, wurde das Begräbnis als Staatsakt instrumentalisiert und landesweit über den ORF ausgestrahlt. Die erste Reihe in der Kirche war von Politiker*innen besetzt, während die Familien und Freund*innen der Ermordeten in den hinteren Reihen und unter der Dauerüberwachung durch die Kameras der Presse Platz nehmen mussten.

Die politischen Hintergründe der Tat waren für die Betroffenen damals von Beginn an eindeutig: "Uns war von Anfang an klar, dass das ein politisch motiviertes Attentat war, das sich gezielt gegen die Volksgruppe richtete." erinnert sich Tina Nardai, die zum Zeitpunkt des Attentats als Elfjährige in der Oberwarter Roma-Siedlung lebte.

Die Rolle der Ermittlungsbehörden

Für die Ermittlungsbehörden war der offensichtlich rechtsextreme Hintergrund des Anschlags schwer zu begreifen. Statt den eindeutig rechtsterroristischen Motiven nachzugehen, entschieden diese „in alle Richtungen“ zu ermitteln, was in diesem Fall, wie so oft, die Verdächtigung und Kriminalisierung der Opfer bis zur Täter-Opfer-Umkehr bedeutete. [1]

Am Tag nach dem Anschlag um 17 Uhr rückten 100 Polizist*innen an, um alle Wohnungen der Oberwarter Roma-Siedlung zu durchsuchen. Stefan Horvath, der seinen Sohn Peter Sarközi bei dem Anschlag verloren hatte, bezeichnet das Vorgehen der Polizei als „rücksichtslos (...) ohnegleichen“ und weiter: „Man merkte, dass hier mit riesigen Vorurteilen gearbeitet wurde.“ Bis der vermeintliche Einzeltäter hinter den Anschlügen der BBA im Jahr 1997 gefasst wird, sind die Ermittlungen in diesen Fällen immer wieder von der Kriminalisierung von Hinterbliebenen - und stellenweise auch von Antifaschist*innen - geprägt. Die

Ermittler*innen folgen außerdem immer wieder den falschen Fährten, die vor allem die FPÖ legte.

Peter Sarközi, Josef Simon, Erwin Horvath und Karl Horvath wurden nicht einfach von einem „Einzeltäter“ ermordet, sie fielen auch dem rassistischen Klima in Österreich zum Opfer. Dieses zog sich durch alle Gesellschaftsschichten, insbesondere auch durch die Polizei. Im Kontext des Anschlags von Oberwart begegnen uns immer wieder Polizist*innen, die mit rassistischen Vorurteilen Befragungen und Ermittlungen durchführen. [2]

Die Rolle der FPÖ

Der rechtsextreme Bombenterror stand auch in Zusammenhang mit Österreichs größtem rechtsextremen Netzwerk, der FPÖ. In den Jahren vor den Attentaten lieferte die FPÖ und ihr weitreichendes Umfeld an Burschenschaften, Zeitungen und Interessenverbänden die wesentlichen Schlagworte und Impulse für das rechtsextreme Milieu. So erschien im Herbst 1992 ein Artikel namens „Die deutsche Frage in Österreich“ in der neonazistischen Zeitung *Vorderste Front* des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB). [3] In dem Artikel ist die Rede von einer "Bajuwariische(n) Einheit", die es wieder zu erreichen gelte. Aufgrund der Repressionslage [4] in Österreich könne sinnvolle nationalistische Arbeit nur mehr aus dem Untergrund stattfinden. Ein Jahr später



Bild: Samuel Winter

verschickte die „Bajuwarische Befreiungsarmee“ die ersten Briefbomben.

Auch bei einem konkreten Blick auf den Anschlag in Oberwart erweist sich die FPÖ um Jörg Haider als Stichwortgeberin. 1994 erscheint eine Ausgabe der rechtsextremen, der FPÖ sehr nahestehenden *Aula*. In der Ausgabe 3/94 verbreitet der Grazer Burschenschafter (B! Germania) Nikolaus v. Preradovich unter der Frage „»Zigeuner« oder »Roma und Sinti«“ seine kruden Theorien und weist darauf hin, dass es sich bei den Rom*nja um »die Angehörigen einer wandernden oder ehemals wandernden ethnischen Minderheit indischer Herkunft« handle. [5] Ein Jahr nach dieser Ausgabe der *Aula* platzierte die selbsternannte BBA eine Bombe unter der Parole „Roma zurück nach Indien“ in Oberwart.

Nach dem Attentat von Oberwart geriet die *Aula* unter Druck, nachdem das DÖW auf Ähnlichkeiten zwischen den Bekennerbriefen der Bombenserie und Texten der *Aula* hinwies. Es folgten Hausdurchsuchungen bei der *Aula* und die Beschlagnahmung der Abonnent*in-

nenkartei. Dies veranlasste wiederum Teile der FPÖ zur Solidarisierung mit der in ihren Augen zu Unrecht kriminalisierten *Aula* (so geschehen im April 1995). Die FPÖ nahm dabei einmal mehr eine Schutzfunktion für die gesamte extreme Rechte ein und erfüllte damit eine Rolle, die sich bis heute beobachten lässt.

Die Nähe der FPÖ zum Rechtsterrorismus

Die FPÖ und ihr Umfeld sorgten nicht nur für eine rassistische Stimmung in Österreich, die den Nährboden für die BBA und ihre Taten lieferte, sie trugen diese auch ins Parlament. Politiker*innen der FPÖ streuten gezielt Lügen über die vermeintlichen Hintergründe der Anschläge und betrieben klassische Täter-Opfer-Umkehr, die die öffentliche Meinung stark beeinflusste und auch in der Presseberichterstattung teils unkritisch übernommen wurde. So versuchte etwa der FPÖ-Funktionär Robert Dürr [6], den rechtsterroristischen Attentaten einen „antifaschistisch-propagandistischen (...) Hintergrund“ und den Ermordeten eine Beteiligung daran anzudichten. Rechte Narrative bestimmten die

mediale und gesellschaftliche Diskussion, die rechte Gewalt wurde überhaupt nicht mehr als solche verhandelt und der rassistische Diskurs verschärfte sich weiter.

Auch Jörg Haider nutzte die erste Parlamentssitzung nach dem Anschlag in Oberwart für eine Stigmatisierung der Anschlagsoffer und relativierte im gleichen Atemzug die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager als „Straflager“. Über 300 Bewohner*innen der Oberwarter Romasiedlung wurden in den Lagern der Nazis ermordet, nur 20 der Bewohner*innen kehrten nach der Befreiung zurück.

Das Einwirken der FPÖ auf die Ermittlungen

FPÖ-Funktionär*innen sabotierten die polizeilichen Ermittlungen in Bezug auf die Bombenserie von Anfang an entscheidend, etwa durch Falschbehauptungen und falsche Verdächtigungen. Die Polizei ging diesen falschen Spuren nach, was die tatsächliche Aufklärung der Taten behinderte. Den Höhepunkt der Sabotageversuche der FPÖ stellten die Bemühungen der freiheitlichen Funktionäre Karl Schweitzer und Martin Magdits dar, einen Bewohner der Oberwarter Roma-Siedlung zu einer Falschaussage zu nötigen. Ihr Ziel war es, einen „Beleg“ für die von der FPÖ konstruierte „linksextreme Verschwörung“ hinter dem Terror der BBA zu erlangen. Magdits gab sich hierfür als „Ermittler“

aus, der er nicht war, und versuchte, den Oberwarter Rom Robert N. zu erpressen. Später erhielt er hierfür eine bedingte Haftstrafe (Amtsanmaßung, versuchte Nötigung).

Die Rolle der Presse

Die Lügen der FPÖ konnten ihre Wirkung vor allem durch die mediale Berichterstattung entfalten, in der diese oftmals unkritisch als vermeintliche Fakten aufgegriffen wurden. So folgte etwa auf die Unternehmungen Schweitzers und Magdits ein Artikel in der *Kronen Zeitung*, der die Ergebnisse des Erpressungsversuchs auf Faktenstatus hob. Solche und andere Artikel, Recherchen oder Berichte nehmen in der Propaganda der FPÖ eine besonders wichtige Rolle ein. Zunächst wird irgendeine Halb- oder Unwahrheit in die Welt gesetzt, eine darauffolgende Presseberichterstattung wird dann zum vermeintlichen „Beleg“ des davor selbst erfundenen. Auch bei der Konstruktion eines „Einzeltäters“ spielte die Presse eine zentrale Rolle. Im Winter 1996/97 veröffentlichten zwei FPÖ-nahe Journalisten in der Boulevard-Tageszeitung *täglich Alles* ein Täterprofil zur BBA, das nach Einschätzung des Journalisten und Antifaschisten Wolfgang Purtscheller „der Einzeltätertheorie politisch Bahn brechen wird“. [7]

Gedenken in der Gegenwart

In Oberwart findet jedes Jahr eine Gedenkfeier für die vier am 04.02.1995 ermordeten Roma statt. Es gibt eine Gedenktafel, etwas unscheinbar, hinter einer Hecke liegt die offizielle Gedenkstätte.

Das Gedenken an den Anschlag in Oberwart und die Ermordeten ist in der breiten Öffentlichkeit vor allem am Jahrestag im Februar und besonders an einem runden Jahrestag wie im Jahr 2025 präsent. Die Angehörigen der Ermordeten und die Betroffenen von dem Rassismus, der zu der Tat geführt hat, haben jedoch nicht das Privileg des Vergessens an allen anderen Tagen des Jahres. Ihr Leben wird von der ständigen Erinnerung und dem Schmerz des Verlusts begleitet.

Rechtsextremismus ist kein Relikt der Nachkriegszeit oder der 90er Jahre. Er ist mit den Wahlerfolgen der FPÖ, dem rassistischen Vorgehen der Polizei, einer gut vernetzten rechten Szene und dem jungen, gewaltbereiten Neonazi-Nachwuchs nach wie vor ein drängendes Problem. Oberwart hat gezeigt, dass die österreichischen Institutionen nicht vor rechtem Terror schützen. Deshalb gilt es, den antifaschistischen Selbstschutz zu organisieren.

Es bleibt weiterhin unerlässlich, den Opfern rechter Gewalt zu gedenken, sie niemals zu vergessen und den Tätern niemals zu vergeben. Gedenken darf sich nicht auf routinierte Besuche von Gedenkveranstaltungen an Jahrestagen beschränken. Wir müssen Betroffenen von Rassismus und rechter Gewalt zuhören, sie ernst nehmen und unterstützen.

[1] Walter Reiss (2015): Vom (W)Ort des Geschehens... eine Tafel, ein Staatsakt und ein Prozess, in: Schneller / Klinger (Hg.): Das Attentat von Oberwart – Terror, Schock und Wendepunkt, S. 21.

[2] So zum Beispiel im Januar 1996, als sich der Oberwarter Polizist Manfred P. wiederholt in die Diskothek „Oberbayern“ begibt, um dort junge Rom*nja „informell“ auszuhorchen. P. folgt der von der FPÖ aufgestellten These, der Mord an den vier Roma habe einen Zusammenhang mit organisiertem Drogenhandel – was frei erfunden ist.

[3] 1985 wurde im NHB-report ein Interview mit Jörg Haider veröffentlicht, ebenfalls unter dem Titel „Österreich und die deutsche Frage“.

[4] Im Jänner 1992 wurde etwa die Wehrsportgruppe Trenck von der Polizei aufgelöst. Die Gruppe hielt ihre Treffen und Schießübungen im Wiener Vereinslokal der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) ab, das DÖW zählt die Vorderste Front zu den Auslandskontakten der AFP. Ebenfalls im Jänner 1992 wurde der Neonazi Gottfried Küssel mit weiteren VAPO-Kadern angeklagt und zu einer Haftstrafe verurteilt.

[5] In derselben Ausgabe wurde auch Jörg Haider interviewt. Haider war großer Sympathisant der Aula, gratulierte dieser zum Beispiel 1991 zum 40-jährigen Bestehen.

[6] Robert Dürr (FPÖ Burgenland) fiel mit antisemitischen Ausfällen gegen Simon Wiesenthal auf. Er beschuldigte die israelische Regierung, vergiftete Lebensmittel nach Österreich zu liefern – ein klassisch antisemitisches Narrativ. Er bezeichnete Antifaschismus als das „Verbrechen schlechthin“. Am 1. Oktober 1996 stürmte er gemeinsam mit Michael Gruber (Partei Neue Ordnung PNO) die Wehrmachtsausstellung in Klagenfurt.

[7] Wolfgang Purtscheller (1998): Delikt: Antifaschismus, S. 82-83

Rede gehalten am Stock-im-Eisen-Platz nach dem Oberwarter Bombenattentat, Februar 1995

Doron Rabinovici

Doron Rabinovici, jüdischer österreichischer Schriftsteller und Historiker, hielt die nachfolgende Rede bei einer Kundgebung am Stock-im-Eisen-Platz in Wien. Die Kundgebung fand nur wenige Tage nach dem tödlichen Rohrbomben-Attentat in Oberwart statt, bei dem vier Roma ermordet wurden. Obwohl der Täter zu dem Zeitpunkt noch nicht gefasst war, war für Rabinovici, genau wie für die Angehörigen, schon damals klar, dass der Täter aus dem rechtsextremen Milieu kommen muss. Die Rede ist ein Zeitdokument, das deutlich macht, dass zivilgesellschaftliche Akteure schon früh das erkannten, was die Polizei und die österreichische Politik nicht sehen wollten und bis heute nicht sehen. Nämlich, dass die nicht aufgearbeitete NS-Zeit, sowie die rassistische Stimmung im Land, vorangetrieben von der FPÖ, den rechtsextremen Terror erst möglich machten.

Wir danken dem Autor für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Vier Menschen wurden ermordet; sie wurden in Stücke gerissen. Einer, ein Kroat, wurde schwerverletzt. Vier Menschen, Roma, österreichische Staatsbürger. Ihre Vorfahren verschleppten die Nazis noch in Konzentrationslager; in Vernichtungslager. Sie wurden erschlagen, erschossen, vergast. Manche haben überlebt: Viel mehr Täter leben noch. Der ehemalige stellvertretende Gauleiter Portschi etwa; in Rechnitz, unweit des jetzigen Tatorts, residiert der Mann, der für die Ermordung der Roma politisch verantwortlich war, der für die damalige Ermordung verantwortlich ist. Dort lebt er als ehrenwerter Bürger in der Gemeinde. Wer nach Rechnitz fährt, wer sich nach ihm erkundigt, hört Bewohner ihn heute noch »Gauleiter« nennen.

Die Überlebenden aber waren jahrzehntelang als Opfer nicht anerkannt, seit Gründung der Zweiten Republik müssen sie um Entschädigungen kämpfen — oftmals vergeblich, als wären sie die Täter, als wären sie Schuldige, Bittsteller, die um Gnade betteln.

Vier Menschen, Enkel der Überlebenden, wurden ermordet. Sie wurden mit einem Sprengsatz zu Tode gebracht. Sie wurden mit brennendem Stoff ermordet, der nicht von Amateuren bei Räumungsarbeiten verwendet wird. Polizisten wissen so etwas. Der Verzögerungsmechanismus, die Kontaktschaltung, konnte rekonstruiert werden. Das war keine große Kunst. Sicherheitsleute können so etwas. Auf der ganzen Welt

sind solche Zündsysteme in Gebrauch, in allen Krisenregionen werden solche Vorrichtungen angebracht: Bomben, die losgehen, wenn jemand eine fremde Flagge, ein feindliches Plakat, eine Parole entfernen will. Solche Konstruktionen heißen booby traps. Bombenexperten wissen so etwas. Die Polizei in Österreich wollte sonntags von all dem nichts wissen. Zuallererst wurden die Wohnungen der Opfer durchsucht. Es ist wie in der nazistischen Vergangenheit, wie im Kampf um die Entschädigungen nach 1945: Schuld sind die Opfer. Der Roma ist schuld. Der Kroat ist schuld. Der Jud ist schuld. Österreich ist ein Opfer: ein Opfer der politischen Unruhe.

Die Polizei gibt uns Rätsel auf. Nicht erst seit Sonntag. Etwa ein Innenminister, der behauptet, er hätte die rechtsextreme Szenerie im Griff; wobei wir zuweilen glauben, er meint, er habe sie für seine Politik gleich bei der Hand. Ein Verantwortlicher der Staatspolizei, der vor einem Jahr sagte: Er traue den Rechtsextremen keine Briefbomben zu, sie seien nicht in der Lage, solche Verbrechen durchzuführen. Jetzt erklärt er uns, er hätte die Neonazis nur in Sicherheit wiegen wollen. Das Problem aber, dessetwegen wir heute hier sind, ist, daß die Neonazis jahrelang in diesem Land in Sicherheit gewiegt wurden, das ist es, was nun in diesem Land unsere Unsicherheit ausmacht. Es ist Zeit, daß die österreichische Staatspolizei sich um die Sicherheit der österreichischen

Demokraten bemüht, und nicht um die Sicherheitsgefühle der Neonazis.

Die Polizei gibt uns Rätsel auf: Sie verhindert nicht den rechten Terror, sondern bloß daß er bekannt wird. Solange sie nicht wirklich etwas gegen ihn unternimmt, will sie ihn auch nicht wahr haben. Sie versucht nicht Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, indem sie darauf achtet, daß keine Bomben hochgehen, sondern indem sie dafür sorgt, daß die Öffentlichkeit nichts erfährt, sich nicht erregt, sich nicht mit den Opfern gegen die Täter solidarisieren kann. Aber wir stehen heute hier, weil wir wissen, daß ein Land, das mit Ruhe bloß, mit Gleichgültigkeit auf rassistische Morde reagiert, nicht in Ordnung sein kann. Das Innenministerium wiegelt ab, spricht von Einzeltätern, aber mit dieser Verharmlosung werden bloß die Opfer vereinzelt, ob die Bombenopfer, die Briefbombenadressaten oder jene, denen eine Ermordung von Rechtsextremisten angekündigt wurde — wie etwa mir —, all diese Menschen werden durch die Abwiegelei der Polizei im Stich gelassen. Wir stehen heute hier, weil wir dazu nicht mehr schweigen.

Wir fordern politische Konsequenzen, unmißverständliche Botschaften an die Polizisten, die Stunden vergingen ließen und währenddessen die Wohnungen der Ermordeten durchsuchten, an jene Polizisten, die im Herbst dem bekannten Journalisten Wolfgang Purtscheller, einem Experten in Rechtsextremismus,

das Knie ausrenkten und ihn liegen ließen; seine Hose öffneten — auf die Frage warum, weil sie nachschauen wollten, ob er ein Jud ist.

Die Terrorszenerie ist keine singuläre Erscheinung, kein Fall bloß für das Kriminal, diese Terrorszenerie hat ihr geistiges Umfeld, das ein politisches ist. Der Terror des Populismus und der Terror der Bomben stehen — wie es vor Gericht heißt — in einem Tatzusammenhang. Das Klima des Hasses, geschürt von auflagenstarken Medien, wir kennen ihre Namen, und geschürt von Politikern, schlägt jetzt zurück. Jörg Haider ist kein Bombenbastler, kein Wiederbetätiger, aber er ist ein Immer-Wiederbetätiger. Haider hat bewiesen, dass er nicht ein fähiger, sondern ein zu allem fähiger Politiker ist. Die von der Umvolkung Österreichs sprechen, bereiten ein Österreich der Verfolgung und der Angst.

Manche in diesem Land meinten, durch strenge Gesetze gegen Ausländer und Ausländerinnen könnten die rechtsextremen Regungen in Österreich befriedet werden. Soviel ist nun klar, das Aufenthaltsgesetz mag so manches aufhalten, aber es hält keinen Neonazi auf, es hält nicht den Haß auf: Im Gegenteil, die Gesetze gegen Fremde legitimieren nur den Haß der Fremdenfeindlichen, ermutigen nur die rechtsextremen Terroristen.

Soviel muß uns klar sein — dies ist nicht bloß eine Frage, die Roma, Slowenen, Kroaten, Juden oder Bosnier betrifft. Solange in diesem Land auch nur ein Mensch wegen seiner Herkunft oder Abstammung sich seines Lebens nicht sicher sein kann, solange wird niemand in diesem Land, nicht einmal der Bürgermeister dieser Stadt, sich seines Lebens mehr sicher sein können. Unsere Forderungen sind heute aktueller denn je: politische und soziale Integration.

Es gibt eine Hoffnung in diesem Land: Es ist dies unsere Hoffnung auf ein Land, das sich nicht völkisch definiert; es ist unsere Hoffnung auf ein Österreich, das sich nicht abschließt, das nicht fremdelt, sondern sich gerne befremden läßt. Unsere Hoffnung, unsere Erwartungen, unsere Visionen, unser Mut und unsere Solidarität mit den Opfern lassen sich durch Bomben und Terror nicht töten. All das können sie nicht zersprengen.

Vom Täter zum Opfer.

Österreich von 1945 bis zum Briefbombenterror der 1990er Jahre

Julian Stricker-Neumayer

Julian Stricker-Neumayer ist Historiker und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in verschiedenen Forschungsprojekten zur österreichischen Geschichte. Seine Schwerpunkte umfassen die vergleichende Faschismusforschung, Widerstand und Verfolgung in Nationalsozialismus und Austrofaschismus, österreichische Zeitgeschichte.

Nach 1945 ist Österreich eine postfaschistische und postnazistische Gesellschaft: Von 1933-1938 herrscht der Austrofaschismus, von 1938-1945 der Nationalsozialismus. Als am 27. April 1945 in Wien die provisorische österreichische Regierung aus ÖVP, SPÖ und KPÖ die Unabhängigkeit Österreichs und die Wiederherstellung der Republik proklamiert, wird im restlichen Österreich noch gemordet und gegen die Befreiung gekämpft. So beginnt im seit zwei Wochen befreiten Wien schon vor der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 der Aufbau der Zweiten Republik. Damit einhergehend wird auch die österreichische Form der Schuldabwehr in Stellung gebracht: In ihrer Proklamation erklärt die provisorische Regierung Österreich zum ersten Opfer des Nationalsozialismus, den Anschluss zur Besatzung und den Krieg als von „kein[em] Österreicher jemals gewollt“ [1]. Kurz: Der Nationalsozialismus in Österreich soll eine Fremdherrschaft gewesen sein, eine Schuld Österreichs

gibt es nicht. Bis zu Beginn der 1990er Jahre bleibt das die offizielle Position.[2]

Gleichzeitig mit der Lüge von Österreich als erstes Opfer setzt eine postnazistische Stille ein. Geeint im kollektiven Verbrechen der Shoah wird geschwiegen über den österreichischen Antisemitismus, den österreichischen Nationalsozialismus und den überproportional großen Anteil von Österreichern am Holocaust. Stumm bleibt es auch zu Antiziganismus, Rassismus und politischer Verfolgung. Die Volksgemeinschaft wird als Opfergemeinschaft fortgeführt. Mit dem Verweis selbst nur Opfer gewesen zu sein, werden Entschädigungsforderungen abgewehrt. Gleichzeitig werden NS-Täter*innen geschützt und eine Entnazifizierung nur ansatzweise vorgenommen. Dementsprechend ist auch an eine umfassende ideologische Entnazifizierung nach 1945 nicht zu denken. Für die jüdischen Opfer nationalsozialistischer Vertreibung und Vernichtung – wie auch

für die Opfer des Nationalsozialismus generell – gibt es in der österreichischen Selbstbezogenheit [3] keinen Platz. [4] In den Worten der jüdischen Filmemacherin und Autorin Ruth Beckermann: „Die Österreicher waren sich darin einig, dass die Judenverfolgung allein unser Problem sei, nicht etwa ihres.“ [5] In der Schuldabwehr vereint, schwört sich Österreich auf die in neuer Form fortgesetzte Volksgemeinschaft ein. [6]

Parallel zur und gleichzeitig gegen die offizielle Selbstdarstellung als Opfer wird das österreichische Gedächtnis vom Gefallenengedenken bestimmt. In jeder Ortschaft finden sich Denkmäler für die Gefallenen der Weltkriege. Wo ein Denkmal für den Ersten Weltkrieg existiert, wird dieses erweitert. Wo sich keines befindet, werden neue Denkmäler errichtet. Unter Teilnahme der Politik werden regelmäßig Gedenkfeiern abgehalten und die Helden des Angriffs- und Vernichtungskriegs geehrt. Das Gedenken an den wenigen Widerstand gegen das NS-Regime wird marginalisiert und diffamiert. Während nach außen hin die Lüge vom ersten Opfer des Nationalsozialismus erzählt wird, wird nach innen hin den Soldaten für Pflichterfüllung und Opferbereitschaft für die Heimat gedacht und gedankt. In Österreich sieht man sich als Opfer des Kriegs, der Alliierten und ihrer „Siegerjustiz“. [7]

Dementsprechend vollzieht sich auch die rechtliche Verfolgung von national-

sozialistischen Verbrechen. Neben der Ahndung durch die Alliierten werden in Österreich die sogenannten Volksgerichte eingeführt. Sie sind eine eigene Form der Gerichtsbarkeit, die sich mit NS-Verbrechen befasst. Diese sind von 1945 bis 1955 aktiv. Während bis 1948 durchaus viele Urteile gefällt werden – was auch im Hinblick auf den Wunsch nach einem schnellen Abzug der Alliierten zu sehen ist –, beginnen bald die Forderungen nach einem Ende der gerichtlichen Ahndung von NS-Verbrechen. Das aber wird von den alliierten Behörden verhindert. Dennoch wird 1948 eine erste NS-Amnestie erlassen, bei der circa eine halbe Million „Minderbelastete“ ihr Wahlrecht zurückerhalten. Begnadigungen stehen an der Tagesordnung. Dass die Volksgerichte überhaupt weiterarbeiten, passiert nur aufgrund der Kontrolle durch die Alliierten. Mit deren Ende im Jahr 1955 endet auch die Volksgerichtsbarkeit: Ein Monat nach Abzug der alliierten Soldaten wird sie abgeschafft. Zwei Jahre später erlässt die Bundesregierung eine NS-Generalamnestie[8]: „Der Begriff „Entnazifizierung“ bekam in Österreich bald einen neuen Sinn. Er bedeutet: Reinigung der Nationalsozialisten von jedem Schuldvorwurf.“ [9]

Zwischen 1955 und 1975 finden 35 Prozesse gegen Nationalsozialisten statt. Dass diese Prozesse überhaupt stattfinden, verdankt sich vor allem Simon Wiesenthal, Hermann Langbein – zwei Überlebende nationalsozialistischer Ver-

folgung, die nach 1945 ihr Leben der Ergreifung von NS-Täter*innen und Aufklärung über die NS-Verbrechen widmeten – und ausländischen Ermittlungsbehörden. Durch die Schaffung von Beweislagen werden die österreichischen Behörden gezwungen, Anklage zu erheben. Die Verfahren sind oft begleitet vom Verhören der Überlebenden und Zeug*innen. Sie enden Großteils mit Freisprüchen oder niedrigen Haftstrafen, auf die Begnadigungen folgen. International sorgen diese Gerichtsprozesse für Kritik und ein schlechtes Image Österreichs. Um dem entgegenzuwirken, wird 1975 die Ahndung von NS-Tätern eingestellt. [10]

Wankender Opfermythos und der Aufstieg der FPÖ

Mitte der 1980er Jahre gerät die österreichische Opfererzählung ins Wanken: 1985 wird der NS-Kriegsverbrecher Walter Reder bei seiner Rückkehr aus italienischer Haft durch den österreichischen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager per Handschlag begrüßt. Das folgende internationale Aufsehen führt zu einer ersten größeren Debatte. Im nächsten Jahr erschüttert dann die Waldheim-Affäre die Grundfesten der Opferthese. [11] Nun rückt die österreichische Vergangenheit in die internationale Aufmerksamkeit. Österreich reagiert mit Trotz und begleitet von einer Welle des Antisemitismus wird Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt. [12] 1991 spricht Bundeskanzler Franz Vranitzky in einer Ansprache als

erster hoher Politiker von einer Mitverantwortung Österreichs. [13]

Mit dem Aufbrechen der postnazistischen Stille durch das Wanken der Opferthese, bahnt sich ein neuer Ausdruck österreichischer Menschenfeindlichkeit an: 1986 wird Jörg Haider Vorsitzender der FPÖ. Unter seiner Führung beginnt der Aufstieg der Freiheitlichen. [14] Mit Haider als Spitzenkandidat erreicht die FPÖ bei der Nationalratswahl 1986 9,7%, vier Jahre später 16,6% und 1994 dann 22,5%. [15] Zur Wahl 1990 versucht auch die Liste „Nein zur Ausländerflut“ anzutreten, wird aber aufgrund ihrer programmatischen Nähe zum Nationalsozialismus von den Behörden verboten. Diese Nähe kommt nicht von irgendwo: Die Liste ist ein gruppenübergreifendes Projekt aus organisierten neonazistischen und rechtsextremen Strukturen. Mit dem Verbot scheitert das Projekt - das Thema Überfremdung wird aber zentral in der österreichischen Politik. Anfang des Jahres 1993 initiiert die FPÖ das „Österreich zuerst“-Volksbegehren. Dieses wird von der Neonazi-Szene mit Freude unterstützt. [16]

In diesem politischen Klima – die transformierte Fortführung österreichischer Normalität – explodieren im Dezember 1993 die ersten Bomben der Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA). [17] Sie sind Teil von insgesamt 28 Bomben, die zwischen 1993 und 1996 in sechs Serien und drei Rohrbombenanschlägen verschickt und platziert werden. Die Auswahl der Ziele und die Inhalte der

Bekennerschreiben spiegeln die gesellschaftliche Stimmung, wie auch die Stimmung in der österreichischen NS-Szene. Die Bomben sind gegen Unterstützer*innen von Geflüchteten und Migrant*innen, Angehörige nicht-deutscher Volksgruppen und Minderheiten, sowie zweisprachige Einrichtungen gerichtet. Dass keine antisemitischen Bomben verschickt werden, erklärt sich wohl aus dem damaligen politischen Fokus auf „Überfremdung“. Zwölf Jahre zuvor - in den Jahren 1981 und 1982 - verüben Neonazis eine aus sieben Bomben bestehende antisemitische Terrorserie, bei der nur durch Zufall keine Menschen zu Schaden kommen. [18] Der Antisemitismus der BBA zeigt sich nicht in ihren Bombenzielen, in ihren Bekennerschreiben tritt er allerdings deutlich hervor.

Der Briefbombenterror war kein terroristischer Ausbruch aus der österreichischen Normalität, im Gegenteil: Er war eine praktische Zuspitzung des politischen Klimas, das wiederum Ausdruck gesellschaftlich tief verankerter Einstellungen ist. Die Erzählung von Franz Fuchs als Einzeltäter ignoriert nicht nur die politischen Hintergründe von Fuchs selbst – die ideologische Zugehörigkeit zum österreichischen Rechtsextremismus und Neonazismus –, sondern auch den gesellschaftlichen Kontext, in dem sich dieser bewegte: Österreich. Damit dient die Erzählung auch der Entlastung der österreichischen Gesellschaft. Im kollektiven Gedächtnis bleibt so nur mehr ein angeblich Verrückter übrig.

Der Briefbombenterror, seine Opfer und seine Ursachen werden verdrängt.

- [1] StGBI. Nr. 1/1945.
- [2] Heidemarie Uhl, Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (2001) 1, 19-34, 20-23.
- [3] Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015, Wien 2015, 26.
- [4] Ebd., 411-415; Sabine Loitfellner, Hitlers erstes und letztes Opfer? Zwischen „Anschluss“ und Auschwitz-Prozess. Zum Umgang Österreichs mit seiner NS-Vergangenheit, in: Kerstin von Lingen (Hrsg.), Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis, Paderborn 2009, 150-169, 157.
- [5] Ruth Beckermann, Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989, 10.
- [6] Heribert Schiedel, Gemeinschaftsbildung und Verfolgungswahn. Thesen zur Besonderheit des österreichischen Syndroms, in: Stephan Grigat (Hrsg.), Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012, 265-284, 272-273 & 277-278; Stephan Grigat/Florian Markl, Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider, in: Ebd., 229-263, 241-241.
- [7] Uhl, Das „erste Opfer“, 23-25; Loitfellner, Hitlers erstes und letztes Opfer?, 157.
- [8] Loitfellner, Hitlers erstes und letztes Opfer?, 154-156 & 158.
- [9] Josef Haslinger, Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich, Frankfurt am Main 1989, 60.
- [10] Claudia Kuretsidis-Haider, NS-Verbrechen vor österreichischen und bundesdeutschen Gerichten. Eine bilanzierende Betrachtung, in: Thomas Albrich/Winfried R. Garscha/Martin F. Polaschek (Hrsg.), Holocaust und Kriegsverbrechen vor Gericht. Der Fall Österreich, Innsbruck 2018, 329-352, 346-347.
- [11] Loitfellner, Hitlers erstes und letztes Opfer?, 160.
- [12] Christian Pape, Waldheim-Affäre, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 4. Ereignisse, Dekrete, Kontroversen, Berlin/Boston 2011, 426-428, 426ff.
- [13] Uhl, Das „erste Opfer“, 28.
- [14] Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994, 357-494, 369f.
- [15] vgl. https://www.bmi.gv.at/412/nationalratswahlen/historischer_rueckblick.aspx (abgerufen 09.10.2025).
- [16] Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen, in: Dokumentationsarchiv (Hrsg.), Handbuch, 103-269, 229; Klaus Zellhofer, Die Briefbombenwelle in Österreich, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, 639-651, 640 & 644.
- [17] Zellhofer, Briefbombenwelle, 639.
- [18] Thomas Riegler, Die vergessenen Bomben von rechts, in: Die Zukunft, 07-08 (2013), 14-18.

Einer oder viele?

Zum aktuellen Rechtsterrorismus und seinen Ursachen

Andreas Peham

Andreas Peham, geb. 1967 in Linz, arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (www.doew.at), im Bereich Rechtsextremismus-Forschung. Er kann zahlreiche Veröffentlichungen zum Thema vorweisen, zuletzt erschien im Schmetterling Verlag 2022 seine „Kritik des Antisemitismus“.

Nach der zufälligen Verhaftung von Franz Fuchs als mutmaßlicher Kopf einer Bajuwarischen Befreiungsarmee (BBA) [1] im Oktober 1997 waren (Boulevard-)Medien und Teile der Politik auffällig bemüht, den Rechtsextremismus als Terrormotiv auszublenden. So beschrieb die *Kronen Zeitung* Fuchs als „einsamen Wolf“ ohne politischen Hintergrund. Mit der Isolierung und oftmaligen Pathologisierung des „Sonderlings“ (*Krone*) aus der steirischen Grenzregion wurde der rassistische Konsens, aus welchem die BBA ihre terroristische Energie bezog, geleugnet. Aber auch wenn Fuchs ein Einzeltäter war – allein war er nicht: Aufgewachsen, sozialisiert und politisiert an einer Grenze, die im deutschtümelnden Milieu bis heute zum antislawischen Bollwerk stilisiert wird, hat er sich in den von den Freiheitlichen seit Ende der 1980er Jahren forcierten „Ausländer“-

Kampagnen fanatisiert. Fuchs wählte sich als kämpfende Avantgarde gegen die „Umvolkung“ oder „Überfremdung“, von der die FPÖ dauernd warnte.

Auch nach den rechtsterroristischen Anschlägen in Oslo und auf Utøya (2011) und dann verstärkt nach jenen in Pittsburgh, Christchurch, El Paso und Halle (2019) war viel von solchen „einsamen Wölfen“ die Rede. Aber immer schon herrschte in Medien wie Politik die Meinung vor, beim rechten Terror handle es sich um die Taten von Einzelnen. Oft war diese Darstellung dem Wunsch nach Entlastung geschuldet: Medien, Politik, Gesellschaft... niemand war mehr verantwortlich, wenn so ein Einzeltäter sich im luftleeren Raum fanatisiert und dann zur Tat schreitet. Gegen solche entpolitisierenden Sichtweisen und in Kritik des Konzeptes eines „lone wolf terrorism“ wurde das des stochasti-

schen Terrorismus entwickelt. Die Herkunft des Begriffes ist nicht bekannt, er begann nach 2011 in interessierten Kreisen zu kursieren und steht für den Versuch, den Rechtsterror ideologisch, politisch und sozial einzubetten und somit richtig zu verstehen. Wenn dieser auch von „einsamen Wölfen“ – im Übrigen eine Selbstbezeichnung von Neonazis – dominiert wird, so buchstabieren diese nur aus, was die Hetze und Angstmache nahelegen.

Unter stochastischem Terrorismus wird eine bewusste Strategie verstanden, nach der möglichst viele Menschen in Zuständen von Angst, Wut und Hass versetzt werden sollen – in der Hoffnung, dass einzelne aus der Menge dann zur Gewalttat schreiten. Zufällig (stochastisch) ist dabei nicht die Auswahl der Opfer, sondern wer zum Täter wird. Es wird also nicht an einen bestimmten Täterkreis appelliert, sondern der Hass so weit gestreut, dass die Wahrscheinlichkeit eines Anschlages möglichst ansteigt. Die Aufreizung erfolgt immer nach demselben Muster: Zuerst wird den Menschen Angst gemacht, wobei eine Bedrohung entweder erfunden oder zu apokalyptischen Ausmaßen aufgeblasen wird. Im nächsten Schritt wird die Angst in Hass verwandelt. Mittels rechtsextremer Erzählungen wie jener vom „großen Austausch“ oder „Great Reset“ wird ihnen in Endlosschleifen eingebläut, dass hinter allem ein System bzw. eine (jüdische) Verschwörung stecke. All das geschieht zumeist in Ver-

bindung mit einem völlig enthemmten und entmenslichenden Sprachgebrauch. Das Konzept des stochastischen Terrors ist eng an möglichst große, mediale Arenen gebunden, dementsprechend war es der Siegeszug des Internets und der Sozialen Medien, der es noch plausibler machte. Die Tatbegünstigung durch die virtuelle Erregungs- und Empörungsökonomie ist einer der Gründe, warum viele seit Anders Breivik (2011) auch von „Internet-Terrorismus“ sprechen. Ohne die Möglichkeiten des virtuellen Raums, in dem Leute wie er Bestätigung für den Wahn finden und der ihm die Illusion gibt, als Teil einer Gruppe zu handeln, wären die Anschläge von Oslo und Utøya nicht denkbar.

Im stochastischen Terrorismus wird die Grenze zu offenen Gewaltaufrufen oder konkreten Aufforderungen zu Taten in der Regel nicht überschritten. Vielmehr wird ein Szenario aufgebaut, in dem der spätere Gewalttäter [2] sich verfängt und das Gefühl bekommt, das Verbrechen – etwa als Form der Notwehr – nicht nur begehen zu dürfen, sondern es begehen zu müssen. Der gespürte Zwang zum Morden ist auch und vor allem die Folge der Rhetorik der letzten Chance: Wer wie Martin Sellner behauptet, Europa gehe unter und seine Generation sei die letzte, die den Untergang oder den „großen Austausch“ aufhalten könne, der/die nimmt in Kauf, dass unter den Abertausenden, die daran glauben, einer es wörtlich nimmt bzw. ausbuchstabiert.

Strenggenommen wären als stochastische Terrorist*innen aber nur jene zu nennen, die dies bewusst tun, also vom Wunsch geleitet sind, dass jemand das Verbrechen begeht – was ihnen aber vor Gericht nur schwer bis gar nicht nachzuweisen ist. Für die übrigen, die mit ihrer Hass-Sprache Hass-Verbrechen provozieren oder wahrscheinlicher machen, ohne sie zu wollen, wurde noch kein Begriff gefunden. Auf jeden Fall ist es ein besonderes Merkmal des stochastischen Terrorismus, dass die Hetzer*innen sich immer von den von ihnen provozierten Taten distanzieren können.

Sellners Aufruf zum Kampf vom Dezember 2016, eine Reaktion auf den islamistischen Terroranschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt, zeigt exemplarisch, wie das szenetypische Double-Bind aus Distanzierung und Aufreizung funktioniert. Er beginnt wie stets mit einer Ablehnung von „Gewalt und Gegenterror“ – nicht ohne im selben Atemzug der Befürchtung Ausdruck zu verleihen, „dass es bald von einigen verzweifelten und wütenden, ohnmächtigen Rechten radikalere und extremistischere Antworten geben wird“. Sellner ruft dann „alle Patrioten dazu auf“, den Terroranschlag „zum Anlass zu machen, zum Impuls zu machen, zum Schneidepunkt und Wendepunkt im Leben zu machen: Ihren Beruf, wenn es sein muss, zu kündigen; ihre Beziehung, wenn es sein muss, zu beenden; mit ihrer Familie, wenn es

sein muss, zu brechen; ihre Prüfungen, ihre Semester, ihre Studien abzubrechen und sich voll und ganz der Verteidigung Europas zu widmen.“ [3] Wer so spricht, darf sich nicht wundern, wenn andere zur Tat schreiten. So geschehen 2019 in Christchurch, als Brenton Tarrant, ein Anhänger der Identitären bzw. Sellners, 51 betende Muslime ermordete.

Tarrants Manifest, das ein Kärntner Neonazi ins Deutsche übersetzte [4], ist dementsprechend eine Zusammenfassung der paranoiden Weltsicht der Identitären. Schon der Titel, „The Great Replacement“ (dt. „Der große Austausch“) verweist auf Sellners neofaschistische Kampftruppe und bis in die Wortwahl zeigt sich eine Nähe zwischen deren Propaganda und Tarrants Motiven. Und an zentraler Stelle lässt sich die Wirkung der oben beschriebenen Rhetorik der letzten Chance zeigen: Wenn er jetzt nicht handelt, sei die Katastrophe, die der drohende „weiße Genozid“ in seinen Augen darstellt, nicht mehr aufzuhalten. Schließlich legitimiert auch Tarrant sein Handeln als Notwehr und Reaktion auf die Gewalt, die von anderen ausgehe. Die Täter-Opfer-Umkehr ist nicht nur strategisch, sondern auch Ausdruck paranoider Auffichtigkeit: Man fühlt sich wirklich verfolgt und bedroht – wenn man rechten Hetzer*innen Glauben schenkt.

Bei solcher ausgesprochenen Nähe sind die ideologischen (aber eben nicht juristisch belangbaren) Bestimmungstäter

angehalten, sich rasch von der Tat und dem Täter zu distanzieren. Die Distanzierungen erfolgen dabei aber oft in einem Atemzug mit einer Rationalisierung der Mordmotive, die schon auch mal an Legitimierung grenzt. So in einer Aussendung der Identitären nach Tarrants Verbrechen, das dort unter jene „Verwerfungen“ subsumiert wird, welche der Multikulturalismus hervorgebracht habe. Für den Anschlag seien darum jene „Politiker“ verantwortlich, die das „Experiment einer multikulturellen Gesellschaft [...] vorantreiben.“ [5] Auch in einem Video warb Sellner Ende März 2019 um Verständnis für „hunderttausende junge Männer, verzweifelte, wütende junge Männer“, die „sehen, dass sie ihre Heimaten verlieren“, aber von der Politik im Stich gelassen werden würden und in den Medien kein Gehör fänden. Es sei darum kein Wunder, wenn „dann wirklich einer durchdreht“. Aber anstatt jetzt auf Leute wie ihn zu hören, werde weiterhin „keine politisch legitime Debatte“ über „den Bevölkerungsaustausch“ ermöglicht. [6] Es sind tatsächlich aber genau solche „Debatten“, die den Boden aufbereiten für die rechte Gewalt.

Angesichts der Bedeutung, den der damalige, von der FPÖ befeuerte rassistische Diskurs für die Taten von Franz Fuchs hatte und gegen die Versuche, dies zu verleugnen, wurde Jörg Haider als „Ziehvater des rechtsextremen Terrors“ bezeichnet. Haider klagte und verlor, da nicht einmal ein österreichi-

sches Gericht über die offensichtlichen Zusammenhänge zwischen Hass-Sprache und Hass-Verbrechen hinwegsehen konnte. Aber, wenn schon Haider sich diese Bezeichnung gefallen lassen musste: Was ist dann Martin Sellner?

[1] Die BBA übernahm die Verantwortung für eine Terrorserie, die Ende 1993 mit zehn Briefbomben begann und bis 1996 vier Tote und 12 zum Teil schwer Verletzte forderte. (Vgl. Andreas Peham, Zur Terrorkampagne der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“, auf: <https://antifainfoblatt.de/aib124/zur-terrorkampagne-der-bajuwarischen-befreiungsarmee>.)

[2] Hat der Rechtsextremismus und noch mehr der Neonazismus stets einen Überhang an Männern und einen Überschuss an gewaltbejahender Männlichkeit, so handelt es bei den Tätern bis dato ausschließlich um Männer.

[3] Transkript im DÖW.

[4] Vgl. <https://www.derstandard.at/story/2000120171967/soundtrack-zum-rechtsterrorismus-in-halle-stammte-aus-wien>.

[5] Aussendung der IBÖ, 21.3.2019.

[6] Transkript im DÖW.



Das folgende Kapitel stellt Betroffenenperspektiven auf die drei Rohrbomben sowie die Sichtweisen einiger Protagonist*innen der Erinnerungsarbeit in den Fokus. Der Text von Manuela Horvath schildert ihre Perspektive auf den Bombenanschlag in Oberwart, bei dem ihre Cousins Karl und Erwin Horvath ermordet wurden. Darauf folgt ein kurzer Text der IAG, der auf das Gedenken und den Alltag in Oberwart eingeht. In der Mitte des Kapitels stehen die Biografien von Josef Simon, Peter Sarközi, Erwin und Karl Horvath.

Darauf folgen zwei kontextualisierte Gespräche, die wir in Stinatz geführt haben, dort explodierte ebenfalls eine Rohrbombe. Der letzte Text von Jože Messner behandelt den Rohrbombenanschlag in Klagenfurt und die Gründungsgeschichte der dortigen zweisprachigen Schule.

Hass traf meine Familie.

Meine Perspektive auf den Bombenanschlag von Oberwart

Manuela Horvath

Manuela Horvath (*1985 in Oberwart) ist Angehörige der Volksgruppe der Burgenland-Roma. Seit 2016 leitet sie das Referat für Romapastoral der Diözese Eisenstadt. Sie ist Mitglied im Volksgruppenbeirat der Roma des Bundeskanzleramtes. Seit 2017 ist sie Gemeinderätin in ihrer Heimatstadt Oberwart, seit 2022 zudem Mitglied des Stadtrats. In ihrer beruflichen wie auch ehrenamtlichen Tätigkeit engagiert sie sich insbesondere in der Gedenk- und Erinnerungskultur für die Roma-Opfer des Nationalsozialismus sowie in der Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit zum Attentat auf die Oberwarter Roma. Die Einbindung junger Volksgruppenangehöriger ist in all ihren Arbeitsbereichen ein zentrales Anliegen. Darüber hinaus ist sie künstlerisch tätig und arbeitet derzeit an ihrer ersten Ausstellung.

Ein Zuhause am Rand der Stadt und doch im Herzen von Österreich

Ich bin Volksgruppenangehörige der Burgenland-Roma. Und wuchs in der Oberwarter Roma-Siedlung auf. Für Außenstehende war dieser Ort oft kaum sichtbar. Eine kleine Siedlung am Stadtrand, umgeben von Vorurteilen und Unverständnis. Für uns war sie alles andere als unsichtbar. Sie war unser Zuhause. Hier lebten Familien, die einander kannten, sich halfen, eine gemeinsame Geschichte und Sprache teilen.

Meine Großeltern wurden von den Nationalsozialisten verfolgt und in Konzentrationslager verschleppt. Mein Opa erzählte oft von seiner Kindheit, von der Deportation, von den sechs Jahren Haft in den KZs Dachau, Buchenwald, Mauthausen und Gusen. Und er erzählte vom Überleben.

Ich war zehn Jahre alt, als es so schien, dass die Erzählungen meines Opas nicht irgendwo in der Vergangenheit liegen, sondern sich vor meinem Kinderzimmerfenster wiederholten.

Der 4. Februar 1995 kurz vor Mitternacht

Es war der 4. Februar, Samstagnacht, Semesterferien. Als alle im Haus schon schliefen, schlich ich mich in die Küche, um Fern zu schauen. Dann war plötzlich ein lauter Knall zu hören. Ich erschrak. Mein Papa wurde durch den Knall wach. Er kam in die Küche, schaute auf die Uhr und meinte, ich solle ins Bett gehen, immerhin sei es schon kurz vor Mitternacht. Er ging zum Nachbar, bestimmt sei dort der Öltank im Keller explodiert. Als er zurückkam, saß ich noch in der Küche. Es war nicht der Öltank. Er konnte sich nicht erklären, woher der Knall kam.



Manuela Horvath auf einer Gedenk-demonstration in Wien im April 2025.

Bild: Samuel Winter

Am nächsten Morgen kam mein Papa ins Zimmer und weckte mich auf. Es war eigenartig. Als ich in die Küche ging weinten alle. Uns Kindern wurde dann erklärt, dass Karl und Erwin, meine Cousins, und ihre Freunde Peter und Josef tot auf der Straße gefunden wurden. Ich erinnere mich noch, dass ich im Laufe des Vormittags rausgegangen bin. Dort, wo die vier Männer tot aufgefunden wurden, hat die Polizei alles abgesperrt und ich sah von weitem Männer in weißen Schutzanzügen. Meine ältere Cousine und ihre Freundinnen wollten zum Tatort gehen. Ich wollte mit ihnen mit. Sie schickten mich nach Hause, weil sie meinten, ich sei noch zu klein für so etwas. Darüber bin ich heute sehr froh.

In der Siedlung ging es total chaotisch und hektisch zu. Es waren nicht nur sehr viele Polizisten vor Ort, sondern auch sehr viele Journalisten. Kameras und Mikrofone wurden ausgepackt. Rücksicht wurde auf niemanden genommen. Kinder verloren ihren Vater, Eltern verloren ihre Söhne. Wir verloren Freunde. Die Polizei durchsuchte jedes Haus. Um Beweise zu finden und Spuren zu sichern. Es war so, als wären wir nicht Opfer eines Anschlags, sondern auch wieder das Ziel von Vorurteilen.

Erwin, Karl, Peter und Josef waren oft nachts rund um die Siedlung unterwegs. Sie und auch andere Bewohner der Siedlung hatten das Gefühl, dass sich

nachts jemand herumtreibt und die Siedlung beobachtet. Und so auch in der Nacht von 4. auf 5. Februar 1995. Ein Schild, mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“, stand mitten auf der Straße. Als die vier Männer es entfernen wollten, detonierte es und riss die Männer in den Tod. Es war eine Bombe.

Zu viel Blick von außen, eine Beerdigung unter Beobachtung

An der Beerdigung nahm das öffentliche Österreich teil. Der Bundespräsident, die Bundesregierung, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker kamen zur Beerdigung. Natürlich war auch das mediale Interesse sehr groß. Doch was war mit den Familienangehörigen der vier Mordopfer? Was war mit den Bewohnern der Siedlung? Es waren tausende Menschen gekommen. Wie es den Familienangehörigen und uns allen mit diesem großen Interesse ging, fragte niemand. Wir mussten das alles über uns ergehen lassen. Wir konnten uns nicht in Stille und Würde von unseren Lieben verabschieden. Wir waren dem medialen und öffentlichen Interesse schutzlos ausgesetzt. Auch am Tag der Beerdigung. Es schien so, als seien wir Teil einer Nachrichtensendung und nicht eine Gemeinschaft, die trauerte und unter Schock stand.

Anteilnahme und verletzende Worte

Viele Menschen zeigten ehrliche Anteilnahmen. Sie brachten Kerzen und

Blumen zur Attentatsstelle und teilten unseren Schmerz.

Gleichzeitig gab es auch jene, die meinten, es waren ja eh nur vier Menschen. Und dass es schlimmer ausgehen hätte können. Auch Politiker scheuten nicht davor zurück, die vier unschuldigen Todesopfer und meine Volksgruppe medial zu diffamieren.

Wochen der Angst und des Schweigens

Die Wochen und Monate danach waren von Angst geprägt. Wir Kinder durften nicht einfach draußen spielen, so wie wir es gewohnt waren. Auch Journalisten waren immer wieder in der Siedlung. Wir fühlten uns von ihnen beobachtet. Und mit unserem Schmerz und unserer Angst waren wir alleine. Psychologische Hilfe oder Ähnliches wurde uns nicht angeboten.

Der Zufall stellte den Täter

Erst 1997 wurde der Täter durch einen Zufall gefasst. Es war ein Moment der Erleichterung, endlich zu wissen, wer hinter dem Attentat steckte. Die Wunden, die der Anschlag gerissen hatte, heilten dadurch natürlich nicht. Das Leben von Karl, Erwin, Josef und Peter konnte durch keine Strafe ersetzt werden.

Der Einzeltäter hatte Österreich über Jahre hinweg in Angst und Schrecken versetzt. Seine Taten trafen Menschen,

die für ein offenes, vielfältiges Land standen. Seine Gewalt hinterließ tiefe Gräben. Nicht nur in den betroffenen Familien, sondern auch in der Gesellschaft.

Das Handeln des Attentäters war konkret, unmittelbar und persönlich. Das Leben von vier unschuldigen Menschen wurde ausgelöscht, weil sie Roma waren. Das macht die Erinnerung an den Anschlag und die Pflicht, zu gedenken, so unersetzlich.

30 Jahre danach, erwachsen und emanzipiert

Seit 2016 leite ich das Referat der Romapastoral der Diözese Eisenstadt. In dieser Funktion organisiere ich jedes Jahr die Gedenkfeier für die Opfer des Rohrbombenattentats von Oberwart. Doch für mich ist das mehr als eine berufliche Aufgabe. Es ist ein Ausdruck dessen, was sich in den letzten drei Jahrzehnten verändert hat, in mir und in unserer gesamten Volksgruppe.

Ich bin in einer Zeit erwachsen geworden, in der die Roma-Organisationen in Österreich damit begannen, immer entschlossener für Volksgruppen-Belange einzutreten. Diese Entwicklung hat auch mich geprägt. Ich habe schon früh verstanden, dass wir Roma selbst unsere Geschichten erzählen müssen und dass es nicht reicht, wenn andere über uns sprechen oder für uns entscheiden wollen.

Ich habe erlebt, wie wichtig es ist, dass wir als Volksgruppe unsere Anliegen selbst formulieren, unsere Perspektiven einbringen und unsere Rechte einfordern. Niemand kennt unsere Erfahrungen, unseren Schmerz und unsere Stärke so gut wie wir selbst. Deshalb ist es für mich selbstverständlich geworden, dass Roma die Räume mitgestalten, in denen über uns gesprochen wird und dass wir die Menschen sind, die das Gedenken tragen.

Heute ist es mir persönlich ein großes Anliegen, dass das Erinnern an den Bombenanschlag von Oberwart in unserer eigenen Verantwortung liegt. Als Volksgruppenangehörige und als Familienangehörige von zwei Attentatsopfern entscheide ich selbst, wie wir gedenken, welche Worte wir wählen und welche Botschaften wir weitergeben. Als Angehörige, als Volksgruppenangehörige und als Leiterin der Romapastoral übernehme ich diese Aufgabe bewusst und selbstbewusst.

Für mich ist das ein zentraler Teil unserer kollektiven Emanzipation und meiner eigenen. Wir stehen für uns ein, wir schaffen unsere Räume selbst, und wir lassen uns nicht mehr auf die Rolle derjenigen reduzieren, über die nur gesprochen wird. Wir sprechen selbst. Und ich tue das mit Überzeugung. Immer und überall.

Gedenken als Verantwortung

Für mich bedeutet Gedenken weit mehr als eine jährliche Zeremonie. Es ist eine bewusste Entscheidung, nicht zu schweigen. Das Rohrbombenattentat von Oberwart darf nicht zu einer historischen Fußnote werden. Es war ein rassistischer Mordanschlag auf vier junge Männer, Angehörige meiner Volksgruppe, auf meine Familienangehörigen, auf Menschen, die hier zu Hause waren. An sie zu erinnern heißt, ihre Würde zu schützen und sichtbar zu machen, was Rassismus zerstören kann: Leben, Familien, Vertrauen, Zugehörigkeit.

Ich sehe es als meine Aufgabe, diese Erinnerung wachzuhalten. Nicht nur für mich selbst, sondern für unsere gesamte Volksgruppe. Wir erzählen ihre Geschichten, damit sie nicht im Lärm der Gegenwart untergehen. Und wir sprechen darüber, weil jede Gesellschaft wissen muss, wohin Hass führen kann, wenn man ihn ignoriert.

Deshalb ist es mir besonders wichtig, junge Menschen einzubeziehen. Viele von ihnen hören zum ersten Mal von dem Attentat, wenn sie unsere Gedenkfeier besuchen oder in der Schule davon erfahren. Sie müssen wissen, dass rassistische Gewalt nicht irgendwo weit weg passiert, sondern hier, in unserem Land, in unserer Nachbarschaft. Wenn Jugendliche verstehen, was damals geschehen ist, erkennen sie auch, wie wichtig es ist, Rassismus früh zu wider-

sprechen, im Alltag, im Freundeskreis, online. Erinnerung schützt, weil sie aufzeigt, wie gefährlich Gleichgültigkeit sein kann.

Persönliches und kollektives Erinnern

Für mich ist Gedenken ein sehr persönlicher Akt. Wenn ich an dem Ort stehe, an dem die Bombe explodierte, spüre ich die Trauer, die meine Familie seit drei Jahrzehnten begleitet. Aber ich spüre auch die Kraft unserer Volksgruppe. Wir als Burgenland-Roma haben gelernt, nicht nur zu trauern, sondern unsere Geschichte selbstbewusst zu erzählen. Das ist ein Teil unserer Emanzipation, dass wir nicht länger nur Betroffene sind, sondern Akteurinnen unseres eigenen Erinnerns.

Gleichzeitig ist das Gedenken auch ein gesellschaftlicher Auftrag. Die jährliche Gedenkfeier gehört nicht nur uns, sie gehört allen Menschen in diesem Land, die für Menschenwürde und gegen Hass eintreten wollen. Sie erinnert uns daran, dass Sicherheit, Respekt und Gleichberechtigung keine Selbstverständlichkeit sind. Und dass jede Form von Rassismus, ob laut oder leise, ein Klima schafft, in dem Gewalt wachsen kann.

Erinnerung als Zukunftsarbeit

Erinnern bedeutet für mich nicht, in der Vergangenheit stecken zu bleiben. Es bedeutet, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Wenn wir jungen Men-

schen erklären, was damals geschehen ist, dann tun wir das nicht nur, um zu trauern. Wir tun es, um zu verändern.

Erinnerung ist Leben. Und Leben heißt für mich, niemals zu vergessen, aber gleichzeitig mutig nach vorne zu gehen. Wir können das Vergangene nicht ungeschehen machen. Aber wir können entscheiden, wie wir damit umgehen: ehrlich, selbstbewusst und mit unserer eigenen Stimme.

Gedenken und Alltag in Oberwart

Initiative Antifaschistisches Gedenken

Am 9. Dezember 2024 treffen wir Manuela Horvath das erste Mal in Oberwart. Wir sind an der Gedenkstätte verabredet, die gleich neben der Oberwarter Roma-Siedlung und am Anschlagort liegt. Manuela empfängt uns sehr herzlich und verbringt mehrere Stunden mit intensiven Gesprächen mit uns. Nach der Roma-Siedlung und dem Anschlagort zeigt sie uns das Oberwarter Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus und lädt uns schließlich in ihr Büro ein.

Schnell wird klar, wie eng Alltag und Gedenken hier verknüpft sind. Manuela Horvaths Büro in der Roma-Pastoral der Diözese Oberwart ist ein kleiner Raum. Beim Betreten fällt sofort ein Kreuz ins Auge, das mit bunten Mosaiksteinen besetzt ist. Links davon hängt ein Gemälde, rechts ein Bild von Erwin und Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef

Simon. Auf dem Schreibtisch liegt eine Broschüre, die das Tor von Auschwitz-Birkenau zeigt, ein Begleitheft zu einer kürzlich stattgefundenen Gedenkfahrt. Vor allem fällt aber die Wand rechts der Tür auf. Über die ganze Fläche hängt ein Stofftuch, das bemalt und bedruckt ist, davor stehen einige Einkaufstaschen. In der Mitte ist wieder ein großes, verziertes Kreuz abgebildet, das die Namen der vier Ermordeten trägt. Rund herum ranken sich Blumen, ein buntes Bild, aus den Verästelungen wachsen kleinere Kreuze. Zwischen den Blättern stehen die Namen aller Adressat*innen der Brief- und Rohrbombenserie. Es ist die erste grafische Darstellung der gesamten Bombenserie, die uns begegnet. Später erzählt uns Manuela Horvath, diese sei in Kooperation mit einer Gruppe Schüler*innen entstanden.

Von den Anwohner*innen selbst errichteter Erinnerungsort bei der Oberwarter Roma-Siedlung.

Während wir beobachten, wie der Bombenterror in der österreichischen Mehrheitsgesellschaft kaum Thema ist, durchdringt das Gedenken an den Anschlag und die Terrorserie hier den Alltag. Während unseres Gesprächs ist Manuelas kleine Nichte dabei, die neben uns spielt und gelegentlich Fragen stellt. Manuela gibt uns Einblick in ihren Aktivismus für das Gedenken an den Anschlag. Es wird schnell deutlich, wie wichtig das Engagement von Personen wie ihr ist und welche Bedeutung es hat, dass das Gedenken selbstorganisiert aus der Betroffenenengruppe heraus stattfindet. Bereits 1995 waren es ebenfalls Bewohner*innen der Roma-Siedlung, die selbst ein Kreuz am Anschlagort aufstellten und damit einen Gedenkort schufen. Erst drei Jahre später wurde die offizielle Gedenkstätte errichtet. Jetzt, 30 Jahre später, geht es Manuela Horvath darum, diese erneut in Stand zu setzen. Vor allem aber ist sie mit der Organisation der großen Gedenkfeier anlässlich des 30. Todestages der vier Roma beschäftigt.

Die Gedenkfeier am 4. Februar

Einige Monate später fahren wir erneut nach Oberwart, zur Gedenkfeier am 4. Februar. Das Programm beginnt in der Oberwarter Bildungsanstalt für Elementarpädagogik mit einer Begrüßung und verschiedenen Grußbotschaften und Rede- sowie musikalischen Beiträgen. Im Anschluss zieht ein Gedenkmarsch, begleitet von der burgenländischen Poli-



Bild: Initiative Antifaschistisches Gedenken

zeikapelle, zu den beiden Denkmälern, wo ein ökumenisches Gebet und Grußworte von Vertreter*innen aus Kommunal-, Landes- und Bundespolitik folgen. Die Veranstaltung endet mit einer Kranzniederlegung. Im Anschluss laden die Veranstalter*innen zu Getränken und Abendessen in einer dafür vorbereiteten Unterführung ein.

Für uns ist die Veranstaltung einerseits beeindruckend und bewegend: Die Beteiligung und Anteilnahme der Menschen aus Oberwart und Umgebung ist deutlich spürbar. Die Gedenkfeier wird von sehr unterschiedlichen Gruppen und Menschen getragen und besucht. Stefan Horvath, der Vater des ermordeten Peter Sarközi, zeigt mit einer Lesung die Kontinuitäten des Antiziganismus auf, die sich an seiner eigenen Biographie verdeutlichen und weit darüber hinaus wirken. Er kritisiert die Abwesenheit der Opfer des Völkermords der Nationalsozialisten an den europäischen Sinti*innen und Rom*nja in der österreichischen Erinnerungskultur. Schüler*innen setzen sich mit den gesellschaftlichen Reaktionen im Zuge des



Bild: Initiative Antifaschistisches Gedenken

Grafische Darstellung der gesamten Bombenserie in Manuela Horvaths Büro.

Attentats von Oberwart auseinander und zeigen anhand einer kritischen Interpretation von polizeilichen Ermittlungsprotokollen rassistische Muster und blinde Flecken auf.

Gleichzeitig zeigen sich an der Gedenkfeier in Oberwart auch kritikwürdige Elemente des Gedenkens. Ritualisierte und phrasenhafte Grußworte von Politiker*innen, die ihre eigene Arbeit hervorheben, statt die Namen der Opfer zu nennen, die unkritische Verwendung des "Rasse"-Begriffs, bis hin zur Entpolitisierung des rechtsterroristischen Anschlags als unvermeidbare Tat eines psychisch Kranken zeigen deutlich, dass der aktuelle gesellschaftliche Umgang mit dem rechtsextremen Terror der 1990er-Jahre noch immer Kritik und Kontextualisierung braucht.

Auch wenn der rechte Terroranschlag für große Teile der österreichischen Bevölkerung kaum eine Rolle spielt - Das Gedenken an die Opfer gehört in der Oberwarter Siedlung für viele zum Alltag: Es ist eng verknüpft mit persönlicher Erfahrung und den Biographien der dort lebenden Menschen. Es ist abhängig vom persönlichen Engagement und auch von der Solidarität Außenstehender. Nicht zuletzt bedeutet das Gedenken für die Betroffenen Selbstbestimmung in einer Gesellschaft, deren kollektive Anteilnahme in weiten Teilen und über viele Jahre ausblieb. Wir wollen alle Leser*innen dieser Broschüre dazu einladen, die jährlich stattfindende Gedenkveranstaltung in Oberwart zu besuchen.

In Gedenken an Josef Simon, Peter Sarközi, Erwin Horvath und Karl Horvath.

Aus dem Ausstellungskatalog "Romane Thana - Orte der Roma und Sinti"

Peter Sarközi

***25. August 1968 † 4. Februar 1995**

Peter wuchs bis zu seinem sechsten Lebensjahr mit seinem älteren Bruder bei seiner Großmutter mütterlicherseits in Stegersbach auf. Peter wuchs in armen Verhältnissen auf. Im Lehmhaus, das die kleine Familie bewohnte, außerhalb vom Ort am Waldrand, gab es kein fließendes Wasser. Licht wurde mit einer Petroleumlampe gemacht und Wasser wurde vom Dorfbrunnen geholt. Peters Oma arbeitete auf einem Bauernhof in der Ortschaft, um den Lebensunterhalt für die zwei Buben und sich zu verdienen. Spielsachen gab es damals nicht. Mit seinem älteren Bruder und dem Nachbarsjungen wurde im Wald gespielt. 1972 zog die Mutter von Peter mit den zwei Buben zu ihrem Lebensgefährten in die Roma-Siedlung nach Oberwart. Die Wohnverhältnisse waren wesentlich besser. In der Siedlung gab es auch mehr gleichaltrige Kinder mit denen gespielt werden konnte. Die Burschen gingen zum naheliegenden Sportplatz, um Fußball zu spielen. Die Kindheit fand in und rund um die Roma-Siedlung statt. Peter besuchte sehr oft seine Oma in Stegersbach. Sie war für

ihn eine wichtige Bezugsperson. Peter besuchte, wie viele andere Kinder und Jugendliche damals aus der Siedlung, die Volks- und Sonderschule in der Stadt. Peters Mutter bekam noch einen Sohn und als Peter ein Teenager war, nahmen die Mutter und der Stiefvater einige Pflegekinder in der Familie auf. Nach der Schule war Peter eine Zeit lang auf Arbeitssuche. Eine Anstellung fand er dann durch das Arbeitsprojekt "Aktion 8000". Nach Ende des Projekts hielt er sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser. Viel Zeit verbrachte er mit Nachbarn und Freunden beim Kartenspielen und gelegentlichen Diskothekenbesuchen. Peter hatte von klein auf ein schweres Leben. Er war ein sehr herzlicher und kinderliebender, junger Mann. Von Peter kam nie ein freches Wort, er war auf eine Art schüchtern und fühlte sich am wohlsten unter Roma. Murli, ein kleiner Dackel, war jahrelang sein treuer Wegbegleiter. Peter hatte eine Freundin, die auch in der Siedlung wohnte. Sie verlor beim Attentat nicht nur ihren Freund, sondern auch zwei ihrer Brüder.

Manuela Horvath im Gespräch mit Peters Bruder Julius Berger (geborener Sarközi).

Josef Simon, geborener Nardai

***18. Jänner 1955 † 4. Februar 1995**

Josef wurde von klein auf von den Eltern »Hompas« gerufen. Dieser Spitzname blieb ihm auch. Er war das dritte von fünf Kindern. Mit seinen Eltern und Geschwistern wohnte er in der alten Roma-Siedlung. Damals wohnten auch Nicht-Roma-Familien in der Siedlung. Roma und Nicht-Roma lebten Tür an Tür, waren befreundet, halfen sich gegenseitig und verbrachten Zeit miteinander. Da dieser Platz für den Bau des neuen Krankenhauses gebraucht wurde, mussten die Siedlungsbewohner Anfang der 1970er-Jahre umziehen. Seine Schulzeit verbrachte Hompa in der Volksschule von Oberwart. Mit einem Freund aus der Siedlung ging er oft und gerne Fischen, auch das Fangen von Vögeln und das Spielen im Freien gehörten zum damaligen Zeitvertreib. Die Eltern waren streng, doch Hompa und seinen Geschwistern fehlte es an nichts. Sein Vater arbeitete am Bau in Wien, er verstarb mit 56 Jahren. Hompa freundete sich mit einem Unterwarter Rom an. Sie teilten die gleiche Leidenschaft - den Kauf und die Zucht von Vögeln. Hompa war lange Zeit bei einer Baufirma in Oberwart beschäftigt. Dann wurde er, wie auch andere Männer aus der Siedlung, zum Wochenpendler und arbeitete am Bau in Wien. In ihrer Jugend war es für Roma nicht möglich, einen Beruf zu erlernen oder eine weiterführende Schule abzuschließen. Die Eltern konnten bei den Hausaufgaben nicht behilflich sein. So waren die Kinder damals in der Schule auf sich

alleine gestellt. Einige Jugendliche richteten sich in der Siedlung zusammen eine kleine Hütte als Gemeinschaftsraum ein. Auch eine junge Frau, eine Nicht-Romni aus der Stadt die mit einigen Roma befreundet war, kam öfter zu Besuch. Diese junge Frau wurde später Hompas Ehefrau. Als sie ihr erstes Kind erwarteten, bezogen sie eine Wohnung in der Stadt. Einige Jahre später, als auch ihr zweites Kind schon geboren war, zogen sie zu Hompas Mutter in sein Elternhaus. Im Garten hatte er große Käfige mit seinen Vögeln. Diese wurden unter Vogelliebhauern, Roma und auch Nicht-Roma, getauscht. Die Jahre vergingen. Er arbeitete nach wie vor und seine Frau kümmerte sich um den Haushalt und die fünf Kinder. In der Siedlung wurde Hompa von allen Bewohnern sehr gemocht. Er war handwerklich sehr geschickt. Egal ob Waschmaschinen- oder Autoreparatur, Boden- oder Fliesenlegen, er war äußerst hilfsbereit und immer zur Stelle, wenn Nachbarn seine Hilfe brauchten. Einige Jahre vor dem Attentat begann die intensivere Freundschaft zu den drei anderen Attentatsopfern. Kartenspielen war einer ihrer beliebtesten Zeitvertreibe. In den Monaten vor dem Attentat wurden regelmäßig nachts Steine in die Siedlung geworfen. Die Hunde bellten deswegen auch vermehrt. Die vier Freunde hielten quasi Nachtwache. Es kam auch hin und wieder vor, dass sie von anderen Siedlungsbewohnern dabei unterstützt wurden. Inge sah ihren Bruder Hompa am Abend des Attentats das letzte Mal.

Manuela Horvath im Gespräch mit Hompas Schwester Inge Nardai.

Erwin Horvath *14. November 1976 † 4. Februar 1995

Erwin war das dritte von fünf Kindern. Er war der jüngere Bruder von Karli. Sein Vater war ein Rom aus der Siedlung, seine Mutter eine Nicht-Romni aus der Stadt. Erwin lebte mit seinen Eltern und Geschwistern auf engstem Raum in einer kleinen Wohnung in der Roma-Siedlung. Erwins Vater war Altwarenhändler, seine Mutter kümmerte sich um die Kinder und den Haushalt. Erwins Vater verstarb 1988 an einem Herzinfarkt. Erwin und seine Geschwister hatten eine schöne Kindheit, allerdings war es auch eine sehr arme Kindheit aufgrund des frühen Todes von Erwins Vater. Erwin besuchte, anders als sein Bruder, nach der Volksschule die Hauptschule. Erwin war ein äußerst freundlicher und netter junger Mann, der stets zu Scherzen aufgelegt war. Auch er verbrachte die meiste Zeit mit Freunden in der Siedlung. Zu seinen Freizeitbeschäftigungen gehörten der Besuch von Diskotheken und das Kartenspielen mit anderen Siedlungsbewohnern. Nach seinem Schulabschluss war er auf Arbeitssuche. Erwin war ein höflicher junger Mann, dessen unschuldiges Leben genommen wurde, noch bevor es richtig begann.

"Ich habe das Gefühl, irgendwas meinen Brüdern nicht gesagt zu haben."

Manuela Horvath im Gespräch mit Erwins Schwester Manuela Horvath

Karli Horvath *12. Juni 1973 † 4. Februar 1995

Karli war der älteste von fünf Kindern. Er war der älteste Bruder von Erwin. Sein Vater war ein Rom aus der Siedlung, seine Mutter eine Nicht-Romni aus der Stadt. Karli lebte mit seinen Eltern und Geschwistern auf engstem Raum in einer kleinen Wohnung in der Roma-Siedlung. Karlis Vater war Altwarenhändler, seine Mutter kümmerte sich um die Kinder und den Haushalt. Karlis Vater verstarb 1988 an einem Herzinfarkt.

Karli und seine Geschwister hatten eine schöne Kindheit, allerdings war es auch eine sehr arme Kindheit aufgrund des frühen Todes von Karlis Vater. Karli besuchte wie viele andere Roma-Kinder damals die Volksschule und danach die Sonderschule. Eines seiner Hobbies war Malen. Seine Zeit verbrachte er mit gleichaltrigen Jungs aus der Siedlung. Diskobesuche, Keilwerfen und Fußballspielen gehörten zu den Hauptbeschäftigungen der Burschen. Karli arbeitete in einem Ziegelwerk, eine Ortschaft weiter. Auch am Arbeitsprojekt »Aktion 8000« arbeitete er mit.

Manuela Horvath im Gespräch mit Karlis Schwester Manuela Horvath.



v.l.n.r. Erwin Horvath, Karl Horvath, Josef Simon, Peter Sarközi

Die Initiative Minderheiten und ihre Ausstellung "Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993 - 1996"

Initiative Antifaschistisches Gedenken

Den bis zu diesem Zeitpunkt weitreichendsten Versuch, kritische Perspektiven auf den rechtsextremen Terror der 90er Jahre in Österreich zu werfen und diese einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bildet die von der *Initiative Minderheiten* konzipierte Wanderausstellung "Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993 - 1996". Sie wurde erstmals im Volkskundemuseum Wien im Sommer 2024 gezeigt, wanderte anschließend ins kärnten.museum in Klagenfurt und ins OHO - Offenes Haus Oberwart. Noch bis Februar 2026 ist sie im Volkskundemuseum in Graz zu sehen.

"Die Ausstellung erinnert an den Schrecken der Bomben und die Angst, die Österreichs Minderheiten vier Jahre lang begleitete. Sie gedenkt der Opfer, lässt Betroffene zu Wort kommen und dokumentiert den politischen und medi-

alen Umgang mit der Terrorwelle. Anhand von historischen Dokumenten, Fotografien und medialer Berichterstattung wird zeitgeschichtliches Wissen über die Jahre des innenpolitischen Terrors vermittelt und die Rolle des politischen Klimas in der Zeit der Gewalttaten beleuchtet. Videos mit Zeitzeug*innen und Expert*innen kommentieren Facetten der Geschehnisse aus unterschiedlichen Blickwinkeln." [1]

Wie zentral die Stimmen der Betroffenen für die Ausstellungskonzeption sind, zeigt sich auch am räumlichen Aufbau: Die Videos werden auf großen Bildschirmen gezeigt, die zentral im Ausstellungsraum platziert sind. An den Wänden des Raums befinden sich Tafeln, welche die Chronologie des Terrors, sowie den gesellschaftlichen Kontext thematisieren und damit individuelle Erfahrungen und Meinungen von

Expert*innen räumlich wie thematisch einrahmen. Kuratiert wurde die Ausstellung von Vida Bakondy, Cornelia Kogoj und Gamze Ongan von der *Initiative Minderheiten*.

„Für uns war die Erarbeitung eine sehr aufregende, von Leidenschaft getragene und manchmal auch emotional herausfordernde Zeit. Das Thema war so spannend, der historische Kontext – die späten 1980er und 1990er Jahre – für dieses Land so prägend. Wir mussten aber auch feststellen, dass hierzu bisher keine umfangreiche historische Aufarbeitung aufliegt – es gibt nur ein zentrales Buch, vom Journalisten Thomas Vašek, das dieses Thema zeitnah, 1999, in Form einer umfangreichen Dokumentation aufarbeitet. D.h. wir hatten den Eindruck, dass über diese Jahre des innenpolitischen Terrors in gewisser Hinsicht eine Wolke des Vergessens schwebt. Dieser Eindruck hat sich dann im Laufe der Recherchen auch bestätigt. Nicht vergessen haben selbstverständlich die Adressat:innen der Briefbomben, die Betroffenen und Angehörige der Opfer. Vor allem in Gesprächen mit Zeitzeug:innen hörten wir nicht nur einmal den Satz: 'Es gibt keine kollektive Erzählung über diese Zeit...'. Manche sprachen mit uns zum ersten Mal über diese Ereignisse.“ [2]

Im Zentrum der Ausstellung stehen die Menschen, die Ziel des Terrors waren. "Man will uns ans Leben" - das Zitat stammt von der damaligen Nationalrats-

abgeordneten und Adressatin einer Briefbombe, Terezija Stoisits. Die Ausstellung rückt auch die österreichische Gesellschaft der 80er und 90er Jahre in den Fokus: Das politische Klima war geprägt von der Waldheim-Affäre und vom Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider. Die Kriege in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens brachten einen Anstieg von Migration und Flucht - der Diskurs um Zuwanderung wurde zunehmend aggressiver. Haider und die FPÖ trieben ihre Mobilisierung in den Jahren 1992/93 mit dem rassistischen "Österreich zuerst"-Volksbegehren, welches das Menschenrecht auf Asyl in Österreich untergraben sollte, auf die Spitze. Die damals regierende Koalition aus SPÖ und ÖVP reagierte mit der Verabschiedung immer restriktiverer Asylgesetze.

Um dem Rechtsruck entgegenzutreten, gründeten sich in den 1990er Jahren zahlreiche zivilgesellschaftliche und antirassistische Initiativen. Das vom 1992 gegründeten Verein *SOS Mitmensch* initiierte Lichtermeer mobilisierte Hunderttausende und richtete sich gegen das Volksbegehren der FPÖ. Bereits 1991 gründete sich die *Initiative Minderheiten* und rief ein "Jahr der Minderheiten" aus. Die Gründungsidee war minderheitenübergreifend: sowohl die österreichischen Volksgruppen als auch Migrant*innen und Geflüchtete, LGBTIQs und Menschen mit Behinderung waren inkludiert und involviert. Gemeinsames politisches und solidari-

sches Handeln von Minderheitenangehörigen und der Mehrheitsgesellschaft war von Beginn an zentral. Bereits im Gründungsjahr erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *STIMME*.

Die Bildung von minoritären Allianzen, ein von Hakan Gürses, langjähriger Chefredakteur der Zeitschrift *STIMME*, geprägter Begriff, der über einen identitätspolitischen Ansatz hinausgeht, wurde zur Leitlinie der *Initiative Minderheiten*. Die Erfahrung ähnlicher Diskriminierungsformen brachte verschiedene Minderheiten zusammen, um gemeinsam gegen Rassismus, Homophobie, Antiziganismus, Ableismus und Antisemitismus vorzugehen. Hakan Gürses prägte auch den Begriff der "Politik der Minderheiten": Eine selbstbestimmte politische Praxis als Gegensatz zu einer "von oben" gemachten Minderheitenpolitik. Seit ihrer Gründung entwickelte sich die *Initiative Minderheiten* zu einer österreichweit vernetzten Plattform, die sich für die Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheit einsetzt.

Bereits unmittelbar nach dem Anschlag von Oberwart veranstaltete die *Initiative Minderheiten* am 10. Februar 1995 eine Pressekonferenz mit Stellungnahmen verschiedener Minderheitenvertreter*innen. Mit Ilija Jovanović (*Romano Centro*), Waltraud Riegler (*HOSI Wien*), Terezija Stoisits (*Die Grünen*), Franci Zwitter (*Zentralverband der Kärntner Slowenen*), Sigi Maron (Behindertenakti-

vist), Lena Rothstein (Sängerin und Schauspielerin), Ruža Nikolić-Lakatos (Sängerin und Roma-Aktivistin), André Heller (Künstler) und Ursula Hemetek (*Initiative Minderheiten*) setzte man ein wichtiges Zeichen der Solidarität mit den Opfern von Oberwart und machte die breite Allianz der *Initiative Minderheiten* sichtbar. In ihrer Presseerklärung schrieb die Initiative:

"Wir verurteilen den Zynismus, mit dem angenommen wurde, die Roma hätten sich selbst in die Luft gesprengt. [...] Daß diese teuflische Falle 50 Jahre nach dem Ende von Auschwitz gestellt wird, dürfte kein Zufall sein. Das leider minderheitenfeindliche Klima in Österreich in den letzten Jahren trägt zu solchen Terroranschlägen in einem großen Ausmaß bei. [...] Oberwart war der Ausgangspunkt für die Romabewegung in Österreich, dort wurde 1989 der erste offizielle Romaverein gegründet. Auch die Tatsache, daß kurz darauf im burgenländischen Stinatz, Zentrum der burgenländisch-kroatischen Bewegung, eine Bombe explodiert ist, sehen wir nicht als Zufall. [...] Es wird in rechtsextremen Kreisen - wir haben im Gegensatz zum Innenministerium keinen Zweifel daran, daß dort die Täter zu suchen sind - keine unterschied gemacht zwischen Zuwanderern, autochthonen Volksgruppen und sozialen Randgruppen - sie alle sind "anders", somit Ziel von Angriffen." [3]

Seit mehr als 30 Jahren entwickelt und gestaltet die *Initiative Minderheiten* Dis-

kussionsveranstaltungen, Ausstellungen, Symposien, Workshops, Publikationen und Radiosendungen.

[1] Vida Bakondy, Cornelia Kogoj, Gamze Ongan, Das weggewischte Trauma, in: *Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten*, Das Begleitheft zur Ausstellung: Bomben gegen Minderheiten 1993-1996, #131/2024, S.7.

[2] zit. n. Peter Stüber, Explosive Mischung, URL: <https://magazin.wienmuseum.at/bomben-gegen-minderheiten-in-oesterreich-1993-1996> (9.12.2025).

[3] Den Anfängen wehren - 50 Jahre danach? in: *Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten*, #14/1995, 18f.

Aktuell ist die Initiative Minderheiten von Einsparmaßnahmen ihrer Förderstellen betroffen und der laufende Betrieb ist gefährdet.

Sie bittet deshalb um Spenden
Bankverbindung: Erste Bank
Lautet auf: Initiative Minderheiten,
IBAN: AT60 2011 1838 2586 9200)



Bild: Alexander Wallner

Die Ausstellung "Man will uns ans Leben" im Offenen Haus Oberwart.

Krawotisch oder krawodisch (auf Schriftdeutsch: Krawatte) bedeutet kroatisch bzw. burgenlandkroatisch. Der Begriff Krawatte kommt vom französischen à la cravate „nach kroatischer Art“ und viele Kroat*innen rühmen sich gerne damit, die Krawatte erfunden zu haben. Der Begriff wird sowohl als Eigenbezeichnung als auch als diskriminierende Fremdbezeichnung verwendet.

Bomben in die Krawotei

Initiative Antifaschistisches Gedenken

Im Mai 2025 waren wir im südburgenländischen Stinatz und haben dort burgenlandkroatische Stinatzter*innen aus unterschiedlichen Generationen getroffen. Unsere Gesprächspartner*innen haben uns erzählt vom Bombenanschlag im Februar 1995 und wie die Erinnerung daran in ihren Familien, im Ort und im Burgenland gelebt (oder nicht gelebt) wird. Wir haben viel erfahren übers Krawotisch-Sein und darüber, warum die Stinatzter burgenlandkroatische Community noch ein bisschen „spezieller“ ist als die anderen.

Stinatz ist eine kleine, mehrheitlich burgenlandkroatische Gemeinde direkt an der Grenze zur Steiermark. Die Gemeinde hat 1200 Einwohner*innen, von denen die meisten in Wien arbeiten und nur an den Wochenenden zuhause sind. Trotzdem gibt es sehr viele und sehr aktive Vereine und Gruppen, besonders die jungen Burgenlandkroat*innen sind sehr engagiert in ihrem Heimatdorf. Drei junge Frauen, mit denen wir gesprochen haben, studieren unter der Woche in Wien, trotzdem sind sie alle in mehreren Vereinen tätig: so etwa beim Tamborica-Verein, im Tarok-Verein und bei der Kulturinitiative Stinatz/Kulturna Inicijativa Stinjaki, die unter anderem das Virtuelle

Archiv Stinatz/Virtualni arhiv Stinjaki betreiben.

Dass die burgenlandkroatische Community in Stinatz eine ist, die der Assimilierung so gut es geht trotz und ihre Traditionen und Bräuche aktiv lebt, ist offenbar auch über das Südburgenland hinaus bekannt. Wohl auch deshalb werden seine Einwohner*innen mehrmals zum Ziel des rechten Terrors: die grüne Politikerin Terezija Stoisits erhält bereits in der ersten Serie 1993 eine Briefbombe, eine der Briefbomben aus Serie V ist an Angela Resetarits adressiert – beide gehören bekannten Stinatzter Familien an. Am 6. Februar 1995, nur einen Tag nach dem Anschlag von Oberwart, detoniert vor dem Spielplatz in Stinatz eine Rohrbombe in den Händen des Müllarbeiters Erich Preiszler. Durch die Explosion verliert er seine rechte Hand. Bereits am frühen Morgen desselben Tages war in der Nachbargemeinde Ollersdorf an einer Bushaltestelle ein Bekennerschreiben der BBA gefunden worden. Im Schreiben werden mehrere Stinatzter Familien namentlich genannt, es strotzt nur so von Deutschtümelei und Rassismus. Die Bombe gilt ganz eindeutig der kroatischen Minderheit im Ort, der - wie ganz Österreich - als „Stammgebiet der Bajuwaren“ bezeichnet wird.

Im Gespräch mit Franz Grandits

Franz Grandits, der Stinatzter Tischler, ist zufällig dabei, als am 6. Februar 1995 die Rohrbombe in Stinatz explodiert. Er leistet Erste Hilfe und schnitzt später eine Gedenktafel aus Holz, die er am Anschlagort anbringt. Nach kurzer Zeit wird die Tafel allerdings von Unbekannten entfernt und auf die Straße geworfen. Seitdem ist die Tafel in Franz' Werkstatt aufbewahrt.

Franz ist heute Mitte 80 und nach wie vor sehr aktiv, besonders als Obmann seines Vereins *Hilfe-Direkt*, der Entwicklungshilfe für Menschen in Burkina-Faso leistet.

Franz und seine Frau Hilda haben uns zu Kaffee und Kuchen eingeladen und mit uns über die Ereignisse vom Februar 1995 gesprochen. Das Gespräch haben wir transkribiert, etwas zusammengekürzt und den südburgenländischen Dialekt ins Schriftdeutsche „übersetzt“. Ein paar Begriffe haben wir original im Text belassen, mit kurzen Anmerkungen, was sie bedeuten.

Über den 6. Februar 1995

[Franz] Ich war zu dieser Zeit etwas krank und der Arzt hat gesagt, ich soll mich ein

bisschen bewegen. Also bin ich hier raus, die Stufen hinunter gegangen und Richtung Dorf rein. Mein Hund ist auch mitgegangen. Und da bin ich halt dort unten gestanden und hab zugeschaut wie sie vis-a-vis von mir die Papiertonnen entladen haben. Es ist dann halt noch ein bisschen was herumgelegen, und einer hat das restliche Papier aufgehoben. Und genau, wie ers aufgehoben hat, ist es dann explodiert - das war so ein langes Stückl Rohr. Das war ganz rot, so rot wie dein Umschlag da, das hat komplett geglüht.

Und ich bin da halt gestanden, oberhalb davon beim Trottoir (Gehweg, Anm. Redaktion) und auf einmal ist mir das Röhrdl um den Schädel geflogen. Und den Hund hats auch auf die Straße gehaut, der ist dann gleich heimgerannt – der hat mehr Angst gehabt wie ich. Und dann ja, das Röhrdl, des gliachtige Eisen (das glühende Eisen, Anm. d. R.) ist hinunter gerollt in Richtung Ortschaft und da ist es dann liegen geblieben – ich bin halt hinterher. Eine Person wollte auch hingehen und ich hab gesagt „Nicht hingehen, das ist komplett heiß“.

Ich hab dann dort bei einem Haus ans Fenster geklopft und gefragt, ob die gschwind ein Warndreieck haben, das man über das Rohr stellen kann, damit



Bild: Initiative Antifaschistisches Gedenken

Franz Grandits in seiner Werkstatt mit der Tafel zur Erinnerung an den Rohrbombenanschlag.

das niemand angreift. “Unser Auto ist nicht daheim” haben die nur gesagt. “Ja dann gebts ma halt den Sessel auf dem du drauf sitzt”. Dann hab ich den Sessel auf die sogenannte Bombe draufgestellt.

Naja und dann bin ich halt zurück raufgegangen, schauen was da los ist. Und der eine hat so geschrien. Die Granate ist dem durch die Hand durch, also dem, der’s aufgehoben hat.

Und dann ist ein Steirer vorbeigekommen, also ein Auto mit einer steirischen Nummerntafel. Ich halte ihn auf und sag zu ihm: “Fahr den sofort zum Arzt runter”. Der sagt “Wie soll ich fahren, ich weiß ja nicht wo der Arzt ist”. Dann hab ich ihn (den Verletzten, Anm.) irgendeiner Frau ins Auto reingeschoben und die hat ihn gleich zum Arzt gefahren. Der Arzt hat ihn glaub ich dann ins Spital geschickt, darüber weiß ich nicht mehr, weil ich ja nicht dabei war.

Also zuerst haben wir ihm noch die Hand abgebunden, weil er gar so geblutet hat. Und dann hat sie ihn eben runter gebracht und seitdem hab ich nichts mehr gehört gehabt. Einmal hab ich ihn besucht im Spital. Aber er hat uns nicht empfangen. Er wollte uns nicht sehen, er hat gesagt, er will niemanden sehen aus Stinatz. Irgendwie ja auch verständlich. Weil der Mann war ja nicht mal zuständig für diese Strecke, der war ja nur als Aushilfe da. Weil der, der eigentlich zuständig ist, war krank oder hat er geheiratet oder weiß ich nicht warum, aber jedenfalls hat er nicht gearbeitet an dem Tag.

Inzwischen ist auch schon das Radio gekommen. Und ich kann mich noch erinnern, ich war da a bisserl im Schock. Und dann hab ich das so erzählt wie es halt gewesen ist.. und dann hat der vom Rundfunk zu mir gesagt “Lach ned so, was lachstn dabei wenn sowas passiert”.

Sag ich zu ihm “Entschuldige”, ich war da ein bisserl damisch (verrückt, verwirrt, Anm. d. R.) oder was, ich weiß es auch nicht.

Gedenktafel und Erinnerung

[Franz] Ich war damals der Obmann vom krawotischen Klub Stinatz. Und dann hab ich gesagt, eigentlich müssen wir da jetzt was machen. Und dann (am nächsten Tag, Anm.) haben wir dort, wo das passiert ist, eine Messe gehalten. Und dann hat der Pfarrer zu mir gesagt “Du musst jetzt die Messe lesen” und dann hab ich sie halt gelesen, auf Krawotisch.

Nach der Messe hab ich dann die Tafel aufgestellt. Naja und die guten Krawoten [1] haben die Tafel dann genommen und auf die Straße geworfen und die Autos sind drübergefahren. Ich weiß nicht, wer das war. Aber sicherlich kein Freund von mir. Weil alle haben ja gewusst, wer sie aufgestellt hat.. Ich bin da gerade in die Kirche gefahren, auf einmal seh ich die Tafel vor mir am Boden liegen, die Autos fahren drüber, geregnet hats auch. Ich hab sie dann in mein Auto geschmissen und später zuhause geputzt und so, abgeschliffen und seitdem ist sie bei mir in der Werkstatt. Ihr dürfts es auch dann eh anschauen, aber mitnehmen dürfts es nicht. /lacht/

Danach ist das Thema halt immer mehr und mehr eingeschlafen..



Bild: Initiative Antifaschistisches Gedenken

Und es ist auch noch gar nicht lange her, dass eine Frau da war und die sagt zu mir “überall machens irgendein Denkmal wenn sowas passiert. Warum machts ihr sowas ned in Stinatz?” Sag ich zu ihr “Ja was soll ich denn machen mit meiner kleinen Pension?” Sie hat dann gesagt “Nein, nein ich geh eh zur Gemeinde!” aber bis jetzt ist nichts passiert..

Es wird wenig geredet, wirklich wenig geredet über den Anschlag. Ich weiß nicht, ob ich in den letzten 10 Jahren wen was über den Anschlag reden hab hören. Aber immer wenn ich vorbeifahr dort, schau ich auf den Platz, wo das war...

[IAG] Wenn jetzt wieder ein Gedenkort geschaffen werden würde, würdest du dann deine Gedenktafel wieder zur Verfügung stellen?

[Franz] Nein, also die sollen lieber irgendwas festes machen. Nicht aus Holz, sondern aus Messing oder aus Beton. [...] Also ich wäre dafür, dass was aufgestellt wird, aber ich kann das in meinem Alter nicht mehr machen.

[IAG] Und was fändest du wichtig, dass da draufsteht?

[Franz] Genau das, was passiert ist, und: “Wir lassen uns nicht unterkriegen, unsere Muttersprache muss weiterleben!”

[IAG] Und wie war das direkt nachdem es passiert ist?

[Franz] Direkt nachdem es war, hams schon drüber geredet. Auch wenns mich gschimpft haben wegen der Tafel.

[IAG] Und was glaubt ihr, warum nicht drüber gesprochen wird?

[Franz] Ja weils die Leute nicht direkt betroffen hat.

[Hilda] Ich glaub eher, dass sie sich fürchten.

[Franz] Ich glaub nicht, dass sie sich fürchten...

[IAG, an Hilda] Und du glaubst schon, dass sie sich fürchten?

[Hilda] Ich halte das schon für möglich. Dass sie ja nicht reden drüber, damit nicht wieder so einer kommt. Da traut sich keiner so drüber reden. Das halte ich schon für möglich, sag ich jetzt als Außenstehende. [2]

[Franz] Ich glaub nicht, dass sich jemand fürchtet, dass das nochmal passiert.

[IAG] Redest du manchmal Leute drauf an, dass das alles war oder dass zum Beispiel auch die Tafel weggekommen ist?

[Franz] Nein, das interessiert auch niemanden, da redet niemand drüber.

[Hilda] Ja, es war ja jetzt schon auch viel im Fernsehen zu dem, weil das ja jetzt 30 Jahre her ist mit der Bombe. Aber hier, kein Mensch hat hier was drüber geredet. Weil derjenige ist nimmermehr nach Stinatz gekommen. Er hat gesagt, er kommt nie mehr nach Stinatz. [...] Naja aber du hast eh auch ein ziemliches Glück gehabt, dass dich das nicht erwischt hat, wie das umigeflogen ist.

[Franz] Ja das ist mir einen Meter über meinen Schädel drübergeflogen, das gliachtige Eisen das rote. Ich hab so oft schon Glück gehabt, der hat mir oft schon geholfen (zeigt Richtung Himmel), ich hab so viele Unfälle schon gehabt.

[1] Im Dorf ist man sich sicher, dass ein Einwohner die Tafel entfernt hat, es ist aber bis heute nicht geklärt, wer dafür verantwortlich ist. Franz vermutet, dass ein anderer Burgenlandkroate dahintersteckt.

[2] Hilda ist keine Burgenlandkroatin und vor über 60 Jahren zu Franz "in die Krawotel" gezogen, wie Franz es formuliert hat

"... aber heute ist das erste Mal, dass wir im Gasthaus über dieses Thema reden..."



Bild: Initiative Antifaschistisches Gedenken

An einem sonnigen Nachmittag im Mai 2025 haben wir uns im Gasthaus Stinatzhof mit sechs jungen Stinatz*innen getroffen und ein sehr spannendes Interview geführt. Wir haben ziemlich viel gelernt über Stinatz und warum diese Gemeinde ein bisschen besonders ist, über die Gedenkkultur im Ort und darüber, was die historische Diskriminierung von Burgenlandkroat*innen mit

fehlender Erinnerung zu tun haben könnte.

Wir möchten uns sehr herzlich bei unseren Gesprächspartner*innen Maria, Nora, Fiona, Theresa und Davor bedanken und ganz besonders bei Jelena, die uns nach Stinatz eingeladen, den Kontakt zu allen Interviewpartner*innen

hergestellt hat und auch nach unserem Besuch noch eine große Hilfe war.

(K)ein Thema in Stinatz

[IAG] Spielt die Erinnerung an den Rohrbombenanschlag eine Rolle in euren Familien und im Ort? Ist das ein Thema?

[Maria, Nora, Fiona] Wir drei waren noch nicht auf der Welt, als das passiert ist...

[Nora] ..aber es wird auch daheim nicht wirklich darüber gesprochen. Ich glaube, meine Eltern können sich jetzt auch gar nicht so gut daran erinnern, was da genau passiert ist.

[Fiona] Es sind nur so Kleinigkeiten.. Es wird immer wieder mal was erwähnt, aber es war jetzt nicht so, dass man sich wie man klein war mit den Eltern hingewetzt hat und die dann so waren „Wir erzählen dir das jetzt“. Es wird nicht so richtig aufgearbeitet, sondern eher mal nebenbei was erwähnt.

Meine Mama hat damals in Wien gearbeitet und sie war die einzige burgenlandkroatische Mitarbeiterin beim AMS. Und bei ihr ist zu dieser Zeit als einzige Mitarbeiterin im kompletten AMS Wien jeden Tag die Post durchsucht worden. An die Tante von meiner Mutter war nämlich auch eine Briefbombe adressiert. Also hat sie im Endeffekt halt eine halbe Stunde nach ihren Kollegen die

Post bekommen, das war jetzt nicht so schlimm für sie, glaube ich. Aber ganz generell glaub ich schon, dass sie [die Stinatzter*innen, Anm.] es halt verdrängen wollten, dass da jetzt eine Gefahr für sie besteht. Also ich denk mir, das war schon belastend.

[Jelena] Ich gehöre zu der Familie, die da direkt betroffen war. Die Terezija Stoisits ist die Cousine von meiner Mama.. Und meine Mama erzählt mir immer davon, dass sie mich damals gestillt hat und währenddessen die Polizei draußen die ganze Zeit auf- und abgefahren ist.. Also hab ich das schon von klein auf so mitbekommen, weil meine Familie eben mitbetroffen war.

[Theresa] Genau, wir sind ja mit der Terezija Stoisits verwandt. Und das war schon immer Thema in der Familie.. Es sind damals ja auch diese Bekenner schreiben aufgetaucht und die waren adressiert an die damals sehr aktiven Politikerinnen Terezija Stoisits und Marijana Grandits und die waren halt Nachbarinnen, die Rohrbombe war also vermutlich gegen die beiden gerichtet. Ich bin also mit dem Thema aufgewachsen und ich kann mich auch erinnern, dass das viel diskutiert wurde in meiner Familie. Dass vor allem meine Großeltern-Generation darüber gesprochen hat, an wen das konkret adressiert war.. und die haben auch sehr oft sehr negativ darüber gesprochen und gemeint, dass das nur deshalb passiert wäre, weil sich „die Jungen“ einsetzen würden, obwohl

dieses Engagement ihrer Meinung nach gar nicht notwendig wäre.

[IAG] Also eigentlich ein bisschen Täter-Opfer-Umkehr? Ihnen so ein bisschen Mitschuld geben, dass das passiert ist?

[Theresa] Ja, schon auch, auf jeden Fall.. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass ich so viel über das Attentat an sich gewusst oder erfahren habe. Heuer war ja die Ausstellung in Oberwart [die Ausstellung *Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten*, Anm.] und die haben wir besucht zusammen mit zwei Stinatzterinnen, die damals dabei gewesen sind. Und die haben total viel und detailliert erzählt und erst da ist mir aufgefallen, dass ich das noch nie so von jemandem geschildert bekommen habe. Und sie haben das eigentlich nur so „nebenbei“ erzählt, nicht im Rahmen einer Führung oder so, mehr so im Gespräch: „Aah, kannst dich noch erinnern, damals...“

[Jelena] Über alles andere wird viel geredet im Ort, aber über das eigentlich nie...

[Maria] Ja, wir sind jeden Freitag im Gasthaus, aber heute ist das erste Mal, dass wir im Gasthaus über dieses Thema reden...

[Theresa] Ich meine, es gibt ja auch keinen Gedenkort, keine Feier. Und ich glaube schon, dass man sich ein bisschen bewusst dafür entschieden hat, dass das Thema nichts ist, wofür man

sich herzeigen möchte. Grundsätzlich, jegliche Form von Aufarbeitung von Diskriminierung hat in Stinatz keinen Raum und es gibt auch keine Initiativen oder Vereine im Ort, die sich damit befassen. Das betrifft viele Themen, zum Beispiel Zweiter Weltkrieg: die Stinatzter waren ausgesiedelt, für mehrere Wochen. Und das weiß man aber nur, wenn man sich wirklich genau damit beschäftigt.

[IAG] Glaubt ihr, dass es anders wäre, wenn der Verletzte ein Stinatzter gewesen wäre, jemand aus dem Ort?

[Fiona] Ja, ich kann mir schon vorstellen, dass wenn es einen Stinatzter getroffen hätte, dann hätten wirs ja auch längerwierig mitbekommen. Dann hätten ja auch die Verwandten davon erzählt „Ja der ist jetzt ausm Spital gekommen, dem gehts jetzt so und so...“, man wäre mehr im Austausch gewesen, aber da es ja ein Fremder war...

[Maria] Ich denke auch weil in Stinatz ja alle irgendwie verwandt sind, dass man's dann einfach mehr mitbekommen hätte, man halt mehr drüber reden würde.

[Theresa] Ich glaube auch, dass das Gedenken ein anderes wäre, wenn das eine Person wäre, die alle kennen. Also ich zum Beispiel habe diese Person nicht gekannt. Ich hab damals zwar gehört, dass der gestorben ist und ich habe auch mitbekommen, dass Leute in

Stinatz etwas wissen über ihn aber halt so, wie man im Südburgenland über quasi jeden irgendwas weiß. Aber es wäre was ganz anderes, wenn diese Person hier lebt, da betrifft einen das halt viel stärker.

»Reds Deitsch, wir san da ned in Kroatien!« – Minderheitenfeindlichkeit im Alltag

[IAG] Das heißt, es wurde mit euch als Kinder auch nicht darüber gesprochen, dass euch das Thema als Minderheit betrifft?

[Nora] Das erste Mal, dass ich davon so richtig mitbekommen habe, war im zweisprachigen Gymnasium in Oberwart. Aber davor hab ich eigentlich nie was davon gehört gehabt. Wir waren ja alle auf der gleichen Schule.. und der Direktor der Schule damals war ja auch von einer Briefbombe betroffen [Anm. der Redaktion: die Briefbombe an Angela Resetarits hatte als Absender Martin Živković angeführt. Živković ist Resetarits Neffe und war damals Direktor des Zweisprachigen Bundesgymnasiums Oberwart. Er selbst hat keine Briefbombe erhalten].

[IAG] Ist das Gedenken an die Bombenanschläge etwas, das euch beschäftigt?

[Maria] Ich finde es schon sehr wichtig, dass man über sowas redet. Aber ich glaube, das ist generell so in Stinatz, dass wenn was schlimmes passiert, man

über das nicht so redet.. So auf die Art: „Wir sind stark, wir zeigen keine Schwäche.“ Aber ich fände es schon sehr wichtig, dass darüber berichtet wird, man die Jugend aufklärt, was für eine Gefahr das eigentlich ist, – warnen sozusagen. Weil man weiß ja nicht, ob sowas nicht wieder passiert. Weil man hört schon oft „die blöden Krawoden.“ und so ... vor allem beim Fortgehen.

[Fiona] Ja, das hab ich am Donnerstag das letzte Mal gehört...

[Maria] ..oder auch „Aah die Stinatzner wieder...“

[Nora] ...grad von den Leuten aus den Nachbarortschaften, die halt nicht krawodisch sind, hört man schon oft „Reds Deitsch, wir san da ned in Kroatien!“

[IAG] Und wie war das in der Schule?

[Fiona] Naja wir waren halt in der zweisprachigen Schule, da gibts den kroatischen und den ungarischen Zweig. Da hats das eigentlich nicht gegeben, da sitzen wir ja alle im selben Boot. Minderheitenschule sozusagen...

[Nora] Aber dafür sind wir von den anderen Schulen verarscht worden ... die „Ausländer-Schule“.

[IAG] Das heißt, es gehört zu eurem Alltag, dass ihr beleidigt werdet? Ist Gewalt auch ein Thema?

[Maria] Ja, also beleidigt meistens nicht so direkt, sondern eher nebenbei. So Kommentare wie „Aso der is ja a Krawod.“ Kommentare, die man sich einfach sparen könnte, weil die Person wird ja ned deppad sein, weils a Krawod ist, der wird schon unabhängig davon auch deppad sein.

[Fiona] Es ist unangenehm und nervig, aber es ist nicht so, dass ich Angst habe oder dass ich wirklich Gewalt erfahre, weil ich eine Minderheit bin. In unserem Umfeld ist es so, dass schon blöde Kommentare kommen aber jetzt nicht so, dass ich mich fürchten müsste, sondern wirklich nur Sachen, wo ich mir halt denke „Das hättest dir jetzt echt sparen können...“

Wir werden auf jeden Fall stärker verarscht als die anderen kroatischen Gemeinden. Über die anderen sagens halt „Ah die Krawoden“, aber wir sind einerseits Krawoden, also allgemein, und dann aber andererseits auch noch aus Stinatz... Wenn du aus Stinatz bist, kommt immer sowas wie „uh Messerstecher, Messerstecher – hast du eh kein Messer im Socken drin?“

[IAG] Das heißt, es war auch kein Zufall, dass dieser Ort als Ziel ausgesucht wurde während der Terrorserie?

[Fiona] Naja Stinatz war halt immer schon sehr weltoffen. Wir haben halt auch viele Persönlichkeiten, und es gibt viele Stinatzner, die sich für die Rechte

von Minderheiten einsetzen. Stinatz kennt man einfach eher als andere südburgenländische Gemeinden...

Entpolitisierung und Verharmlosung

[Davor]: Ich bin in den 90er-Jahren, mit drei, vier Jahren mit meinen Eltern aus Kroatien ins Nordburgenland gekommen, und bin dann burgenlandkroatisch aufgewachsen. Mittlerweile habe ich nach Stinatz geheiratet.

In meiner Kindheit hab ich das Ganze nicht soo mitbekommen, aber man hört halt schon öfter den Namen Franz Fuchs und das Thema ist schon relativ bald in den Schulen behandelt worden. Also vor allem das Attentat in Oberwart haben wir behandelt in der Schule und zwar auch in Bezug auf Ceija Stojka und den zweiten Weltkrieg und wir haben schon auch gelernt, dass das Rechtsterrorismus war.

Aber trotzdem war es total ein Fokussieren auf den Täter. So auf die Art: „Ok, das ist ein Verrückter und der macht das halt.“ Dass es aber durchaus auch viele Leute in der Gesellschaft gibt, die das gut finden und unterstützen, das wurde immer total ausgeblendet. Ein Name – ein Täter, der im Fokus steht, und links und rechts davon wird alles ignoriert.

Und Jahre später kommt man dann nach Stinatz und bekommt irgendwann mit „Aha, hier hats das auch gegeben und das ist ja eigentlich was voll Arges.“

Aber es kommt einem eigentlich nur als Randnotiz unter... und ich meine, das hätte schon auch ganz anders ausgehen können damals.

[Fiona] Das wird alles so verharmlost... beim Fortgehen, wenn da jemand was Dummes oder Verrücktes macht, sich halt dumm aufführt, hört man schon oft jemanden sagen: „Du bist so der Franz Fuchs!“. Eine komplette Verharmlosung einfach. Ich mein - da sind Leute gestorben und schwer verletzt worden. Und jetzt ist das so eine Nebensache geworden, dass man das so sagt.. „du Franz Fuchs.“

[IAG] Es gibt ja auch eine Band, die „Franz Fuexe“...

[Jelena] Ja, wir haben da auch schon öfter Diskussionen mit Fans von denen geführt, wo wir sie gefragt haben, ob sie überhaupt wissen, wofür das steht, was das bedeutet. Und die haben meistens gar keinen Plan, keine Ahnung was da war.. und da haben wir auch einige Leute eigentlich so aufgeklärt, die danach gemeint haben »Boah ich hab keine Ahnung gehabt, dass es das in Österreich gegeben hat...« Ich kenne auch eine Person, die mit denen zusammenarbeitet, aber die verweigert sich komplett der Diskussion.

Ein Denkmal muss her!

[Theresa] Also ich persönlich würde mir einen schönen Gedenkort wünschen mit einer guten Kontextualisierung. Ich komme ja auch ein bisschen aus dieser kroatisch-aktivistischen Szene und ich bin der Meinung, dass so eine Auseinandersetzung mit der Geschichte einem

natürlich auch irgendwie Antrieb gibt in der aktivistischen Arbeit.

[IAG] Denkt ihr, ist heute grundsätzlich die Bereitschaft da, so etwas wie einen Gedenkort zu machen? Ist das etwas, worum ihr kämpfen müsstet?

[Jelena] Als wir jetzt vor kurzem den Bürgermeister angerufen haben und das mal vorgeschlagen haben, hat er gesagt „Jaja, machen wir das...“ also er hat nicht nein gesagt zumindest.

[Fiona] Also so auf die Art, „Ok, Ihr kriegt was aber machts es halt selbst...“

[IAG] Aber es gab ja schonmal Gegenwehr, würdet ihr mit sowas nochmal rechnen?

[Fiona] Ich glaube schon, dass Leute sich aufregen könnten, so von wegen: „das kostet der Gemeinde wieder so viel Geld“. Also eher wegen den Kosten und nicht, weil da dann eine Tafel stehen würde...

[Theresa] Ich könnte mir schon auch vorstellen, dass sich vielleicht manche Leute darüber aufregen würden. Aber andererseits sind die Personen, von denen ich glaube, dass sie sich früher stark aufgeregt hätten, jetzt schon in einem Alter, wo sie sich nicht mehr so einmischen würden. Es gibt halt diese Generation, meine Großelterngeneration, die ca. in den 30ern und Anfang der 40er geboren ist. Die sind wirklich schwer diskriminiert worden von ihrem ersten Lebensjahr an. Die mit kaum Deutschkenntnissen irgendwo arbeiten gehen mussten und ihr ganzes Arbeitsleben lang diskriminiert wurden und

immer darunter gelitten haben, dass sie Krawoden sind. Und solchen Personen ist dann jede zur-Schau-Stellung von etwas Kroatischen natürlich nicht recht. Da gehts meiner Meinung nach um Traumata... Aber da gibt es jetzt einen Generationenwechsel, da diese Menschen teilweise schon verstorben sind mittlerweile.

[IAG] Also du meinst, die ablehnende Haltung gegenüber der Erinnerung an den Bombenterror hängt zusammen mit Diskriminierungserfahrungen, die besonders ältere Generationen gemacht haben?

[Theresa] Ja, das glaube ich schon...

[IAG] Würdet ihr euch wünschen, dass die Gedenkinitiative aus dem Ort kommt?

[Theresa] Ja sicher, wenn, dann muss das aus dem Ort kommen! Das wäre meiner Meinung nach ganz schlecht, wenn das von woanders herkommt. Also egal was, ob es ein Denkmal ist oder was auch immer. Das muss auf jeden Fall mit dem Ort entstehen und da müssen immer die Leute aus der Gemeinde mitarbeiten, sonst macht das überhaupt gar keinen Sinn.

[Maria] Also ich finde es schon wichtig, weil es hier im Ort passiert ist, dass es auch von uns kommt. Weil wenn das jemand anderes macht, der nicht so den Bezug hat, kommt das glaube ich auch nicht gut an. Wenn da wer einmal kommt, das aufstellt und dann wieder geht, ohne sich gescheit zu befassen.. Das würde dann auch nicht akzeptiert werden im Ort.

[Jelena] Ich glaube, wenn jetzt jemand damit beginnen würde, das Thema mit der Jugend zu besprechen, dann würden alle mitmachen. Wenn wir jetzt sowas wie einen Vortragsabend dazu machen würden, mit Ausstellung oder so - ich glaube schon, dass da alle kommen würden.

[alle] Zustimmung

[Jelena] Ich glaube, dass sich jetzt niemand befasst und niemand versucht, jemandem was zu erzählen... aber ich glaub auch, wenn jetzt jemand nachfragen würde, würde dem alles erzählt werden.

[Nora] Ja - nur keiner will beginnen, glaub ich..

[Fiona] Von selbst würde das glaube ich keiner so freiwillig ansprechen, so „Hey, kannst du dich noch erinnern an die Bombe?“ Aber wenn wir jetzt fragen würden „kannst du uns was dazu erzählen, kannst du uns ein paar Informationen geben..“, ich glaube, dass viele Leute sich vielleicht sogar freuen würden, dass sich die Jugend dafür interessiert und sich damit auseinander setzt.

[Theresa] Es gibt schon Themen, wo Personen einfach verschlossen sind und das könnte hier schon auch sein... Aber es gibt sicher Leute, die das gern bereitwillig erzählen würden. Ich meine zum Beispiel der Tischler, der erzählt sogar gerne und viel darüber. Und da gibt es bestimmt noch andere Personen...

Virtuelles Archiv Stinatz/Virtualni arhiv Stinjaki Ein zentrales Projekt, bei dem unsere Gesprächspartner*innen beteiligt sind, ist das Virtuelle Archiv Stinatz/Virtualni arhiv Stinjaki. Im Virtuellen Archiv werden Musik, Bräuche, Sprache und die Geschichte der Ortschaft dokumentiert und online zur Verfügung gestellt: arhivstinjaki.at

Der Kampf für die zweisprachige Volksschule 24/Javna dvojezična ljudska šola 24 in Klagenfurt/Celovec und der versuchte Bombenanschlag 1994

Im Interview mit Jože Messner, Salzburg, 26.12.2025.

Jože Messner ist Pneumologe in Salzburg. Er lebte bis 1992 in Klagenfurt/Celovec. Gemeinsam mit seiner vor mehr als drei Jahren verstorbenen Frau Tatjana prägte er maßgeblich die Initiative für die Einrichtung einer öffentlichen zweisprachigen Volksschule in der Kärntner Landeshauptstadt, die nach einer im Jahr 1989 getroffenen Entscheidung des Österreichischen Verfassungsgerichtshofes im Herbst 1991 eröffnet und im August 1994 zum Ziel eines geplanten Bombenanschlages wurde.

[IAG] Wie haben Sie den versuchten Bombenanschlag im August 1994 erlebt und die Reaktionen von Politik und Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen?

[JM] Die Rohrbombe, die am 24. August 1994 kurz nach Mitternacht vor dem Gebäude der Öffentlichen zweisprachigen Volksschule 24/Javna dvojezična ljudska šola 24 in Klagenfurt/Celovec abgelegt wurde und nach Bergung und Transport in der Gepäckröntgenstraße am Klagenfurter Flughafen explodierte, verletzte drei Polizeibeamte, einem von ihnen wurden beide Unterarme abgerissen, er überlebte das Attentat schwer verletzt.

Es war für jeden Menschen, der mit den politischen Verhältnissen der 90er Jahre in Österreich vertraut war, von Anfang an erkennbar, dass dieser Anschlag in die Bombenserie vom Dezember 1993

einzureihen war und dass er den Schulkindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern an der im Jahre 1991 - nach mehrjährigen Auseinandersetzungen - eröffneten Volksschule galt.

Als die dem Klagenfurter Anschlag folgenden Briefbomben analysiert worden waren, stand auch für die Ermittler fest, dass es sich um eine Bombenserie handelte. Ende Oktober wurde das Bekenntnisschreiben der sogenannten „Kampftruppe der Bajuwarischen Befreiungsarmee“ veröffentlicht. In diesem Schreiben gab der Bombenleger Einzelheiten zum Sprengstoff bekannt, die seine Täterschaft eindeutig belegten. Er breitet darin sein krudes, rassistisches, deutschnationales Geschichtsbild aus, warnt vor dem „großslowenischen Expansionismus“, der drohenden Slowenisierung Kärntens und bezeichnet die zweisprachige Volksschule in Klagen-

furt als „großslowenisches und panslawistisches Umvolkungsinstitut“.

Mit diesem Gedankengut stellte der Attentäter keinen Einzelgänger dar, vielmehr war aufgrund der jahrzehntelangen antislowenischen Kampagnen das deutschnationale und antislowenische Narrativ fest im Geschichtsverständnis zahlreicher Menschen verankert worden. Der Kampf gegen die angeblich drohende Slowenisierung bildete die Grundlage der deutschnationalen Erzählung und Politik, die bis in die Reihen der führenden politischen Parteien im Lande reichte. Im Einklang mit diesen gängigen Bedrohungsphantasien hatte sich der Bombenleger entschlossen, zur Tat gegen das Leben zu schreiten. Er kündigt weitere Anschläge an - gegen jeden, der „... auf österreichischem Staatsgebiet die slowenische Sprache benützt, ...“ und droht, dass „auf unserer Schwarzen Liste an vorderster Stelle jene Damen [...stehen], die zugunsten der Einrichtung einer slowenischen Volksschule in Klagenfurt in den Hungerstreik getreten sind.“ Bei einer der beiden Damen handelte es sich um meine Frau Tatjana, die mit mir und unseren Kindern seit Sommer 1992 in Salzburg lebte.

Diese Drohung dürfte ausschlaggebend dafür gewesen sein, dass wir im Herbst 1994 Besuch von zwei Beamten der Sicherheitsbehörden erhielten. Sie teilten uns mit, unsere Familie zähle zum Kreis der von Briefbomben gefährdeten

Personen und forderten uns zur Vorsicht bei auffälligen Postsendungen auf.

So vorgewarnt mussten wir darüber mit unseren drei Kindern, die in Salzburg zur Schule gingen, sprechen. Ihre Fragen und Reaktionen signalisierten uns, dass sie diesen Anschlag auch als gegen sich gerichtet erlebten und sie sich vor allem um ihre ehemaligen Mitschülerinnen, Mitschüler und Lehrerinnen an der Schule Sorgen machten, mit denen sie ein Jahr zuvor noch ihr erstes Schuljahr in Klagenfurt/Celovec absolviert hatten. Unsere Kinder hatten die Auseinandersetzungen um die zweisprachige Volksschule miterlebt und waren stolz auf „ihre Schule“, die nun von unbekannten Menschen bedroht wurde. Wir spürten, dass sie sich sorgten und ängstigten, auch wenn sie das uns Eltern gegenüber zu verbergen suchten.

Die „Terrorfahnder“ in Kärnten tappten im Dunkeln, so lauteten die ersten Berichte in der Presse. Identität und Motive (!) seien unklar. Hinweise auf politische Hintergründe des Anschlages habe es zu diesem Zeitpunkt keine gegeben, Vermutungen über Racheaktionen im Halbweltmilieu, Rachegeleüste gegen den Hausmeister der Schule und Spekulationen über Verbindungen in den Balkan wurden jedoch - ohne jeden Hinweis - in den Raum gestellt. Auch wegen dieser ersten Kommentare war die zu erwartende Fortsetzung der Bomben-

Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrags: Im Artikel 7 des 1955 unterzeichneten Staatsvertrages werden den kroatischen und slowenischen Minderheiten dieselben Rechte wie allen anderen österreichischen Staatsangehörigen garantiert. Dies betrifft das Recht auf eigene Organisationen, Versammlungen und Presse in der eigenen Sprache - darunter auch das Recht auf Elementarunterricht. Die Umsetzung des Artikels wurde in einigen Bereichen erst viele Jahrzehnte zu spät realisiert. 2025, zum 70. Jahrestag des Staatsvertrags formierte sich das Minderheitenbündnis „Čl_n 7/Artikel 7“, das die noch immer lückenhaften Umsetzung der Minderheitenrechte kritisiert.

serie kein mediales Thema und Warnungen wurden nicht verlautbart.

Diese ersten Reaktionen von Politik, Polizei und manchen Kärntner Medien haben meine Frau und mich nicht sonderlich überrascht, waren wir doch erst vor kurzem dem unseligen politischen Klima in Kärnten entflohen. Viele Aspekte der folgenden, mehrjährigen und über längere Zeit wenig effizienten Ermittlungsarbeit werden erst verständlich, wenn man das herrschende politische und ideologische Klima in die Betrachtung und Analyse des mehrjährigen Bombenterrors in Österreich einbezieht. Eine detaillierte und umfassende wissenschaftliche Analyse dieser Zusammenhänge und deren Einfluss auf die Ermittlungsarbeit ist bis heute ausgeblieben. Die erschütternde Serie des rechtsextremen Bombenterrors und ihr politisch-ideologischer Hintergrund sind ein blinder Fleck in der österreichischen Zeitgeschichte geblieben!

[IAG] Sie erwähnten die Auseinandersetzung um die 1991 eröffnete Öffentliche zweisprachige Volksschule 24/Javna ljudska šola 24. Ihre Frau und Sie haben in der Elterninitiative für diese Schule maßgeblich mitgewirkt. Wie kam es zur Gründung dieser Initiative und wie kamen sie voran?

[JM] Im Jahre 1983 gründeten einige Familien mit slowenischer oder beiden Familiensprachen die Initiative für eine öffentliche zweisprachige Volksschule

in Klagenfurt/Celovec. Dies waren deren Beweggründe:

Im Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages aus 1955 wurde für österreichische Staatsangehörige der slowenischen Minderheit in Kärnten der Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer Sprache verankert. Im Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten aus 1959 wird die Ausübung dieses Rechtes den Bürgern und Bürgerinnen in Klagenfurt/Celovec allerdings vorenthalten. Der Bedarf nach einer zweisprachigen Volksschule war gegeben. Soziale, pädagogische und kulturelle Tatsachen sprachen dringend für die Einrichtung einer zweisprachigen Volksschule in Klagenfurt/Celovec.

Maßgebliche politische Kräfte auf Bundes- und Landesebene und in der Landeshauptstadt zeigten keine Bereitschaft, eine solche Volksschule auch nur in Betracht zu ziehen, vielmehr lehnten einflussreiche politische Kräfte dies unter Berufung auf das geltende Gesetz aus 1959 ab. Damit delegitimierten sie a priori den Anspruch und jede Forderung von Eltern, kulturellen und politischen Organisationen nach Einrichtung der Schule und stellten darüber hinaus den Bedarf dafür entgegen allen Tatsachen des Lebens fortwährend in Abrede.

Mit Unterschriftensammlungen und der Führung einer Liste von Eltern, die für ihre Kinder einen zweisprachigen

Unterricht wünschten und einforderten, setzte die Initiative den ersten Schritt. Feste der Zweisprachigkeit und andere kulturpolitische Aktivitäten trugen zu ihrer Popularität bei. Die Initiative fand nach kürzester Zeit wachsenden Zuspruch.

Mit der Unterstützung von Experten der Universität für Bildungswissenschaften und anderen wissenschaftlichen Institutionen, erfahrenen Pädagoginnen und Pädagogen, kritischen Journalisten und Personen aus dem Kulturleben erwarb sich die Initiative Sympathien in einer breiteren Öffentlichkeit in Stadt, Land und darüber hinaus.

Angesichts dieser positiven Stimmung starteten wir, optimistisch gestimmt und zuversichtlich, als nächsten Schritt einen Besuchsmarathon zu politisch Verantwortlichen im Schulwesen. Wir brauchten dazu allerdings einen langen Atem und auch ein gerüttelt Maß an Courage, denn die aus nationalistischer Verblendung, kulturpolitischer Borniertheit und bürokratischer Ignoranz aufgebauten Hürden waren hoch, aber doch nicht hoch genug für die vielen Menschen, die sich mittlerweile für die Einrichtung der Schule in Bewegung gesetzt hatten.

Von Schuldirektoren und -inspektoren, manchen Beamten und schulpolitischen Referenten im Land, dem Bürgermeister und seinem Stellvertreter in der Stadt wurde unsere Elterndelegation freund-

lich empfangen und es wurde auch Verständnis für unser Anliegen signalisiert. Gleichzeitig wurde jedoch gebetsmühlennartig wiederholt, dass nach geltendem Recht eine Schule nach unseren Vorstellungen nicht eingerichtet werden könne. Als Alternative wurde uns die Gründung einer privaten Schule empfohlen. Dies aber zeugte von einem grundsätzlichen Missverständnis, denn unsere Initiative beharrte aus mehreren Gründen auf der Erfüllung des im Artikel 7 verbrieften Rechtes auf Elementarunterricht in einer öffentlichen Schule.

Unser Besuch beim damaligen LH Wagner allerdings verlief schrill und niederschmetternd. Wir mussten uns anhören, es werde, solange er – Wagner – als Landeshauptmann im Amt sein sollte, in Klagenfurt keine öffentliche zweisprachige Schule geben, da - wir trauten unseren Augen und Ohren nicht! - Klagenfurt eine deutsche Stadt sei und hier keine Slowenen lebten. Diese offene Kampfansage an uns machte uns fassungslos. Mir drängten sich dunkle Bilder aus Geschichtsbüchern über das Jahr 1942 in Kärnten auf. Ich entgegnete Wagner, er könne als LH vieles behaupten und bestimmen, aber den in Klagenfurt/Celovec lebenden slowenischen und zweisprachigen Menschen könne er nicht einfach ihr Dasein absprechen. Er könne versuchen, die Minderheitenangehörigen zur Aussiedlung aus der Stadt zu zwingen, um Klagenfurt „slowenenfrei“ zu machen, danach einen Zaun um die Stadt herum bauen und darauf Schil-

Leopold Wagner (SPÖ) war von 1974-1988 Landeshauptmann von Kärnten/Koroška.

der anbringen: Für Slowenen Zuzug verboten! Aber uns, die wir vor ihm sitzen und unser Anliegen mit ihm besprechen wollen, uns könne er nicht einfach in Luft auflösen.

Der anwesende Protokollführer oder Sekretär des LH blickte kurz auf und unterbrach seine Aufzeichnungen fürs Protokoll. Für einen Moment lang folgte angespannte Stille.

Der Landeshauptmann antwortete nicht - brauchte er auch nicht, denn die Aussagen, die er anlässlich seines Amtsantrittes 1974 auch in der Presse von sich gab, waren mir und den meisten Landsleuten noch in guter bzw. schlechter Erinnerung. Um sich von seinem am Ortstafelgesetz gescheiterten Vorgänger LH Hans Sima abzusetzen, bezeichnete er sich als „echten Kärntner“, weil er kein Wort Slowenisch verstehe ... und „immerhin“ sei er ein „hochgradiger Hitlerjunge“ gewesen ... deswegen werde ihm so was wie seinem Vorgänger nicht passieren.

Nach diesem verstörenden Treffen wurde uns bewusst, dass wir keinen Schritt vorangekommen waren und die Drohungen des Landeshauptmannes nichts Gutes verhiessen. Erste Ermüdungserscheinungen in der Elterninitiative wurden sichtbar. Sollte die erfolgreiche Tätigkeit der letzten Jahre vergebens gewesen sein?

[IAG] Wie haben Sie den weiteren Kampf für die zweisprachige Schule in Klagenfurt/Celovec erlebt?

[JM] Befreundete Juristen rieten uns, den Weg zum österreichischen Verfassungsgerichtshof anzutreten. Dazu war allerdings ein entsprechender Anlassfall erforderlich. Und der bot sich anlässlich der Schülereinschreibung im Mai 1988.

Meine Frau Tatjana meldete unseren Sohn Ilja zum zweisprachigen Unterricht an der Übungsvolksschule der Pädagogischen Akademie des Bundes in Klagenfurt/Celovec an. Die Anmeldung wurde vom Abteilungsvorstand nicht angenommen. Erst nach einer mehrstündigen Groteske war er schließlich bereit, meiner Frau eine schriftliche Bestätigung auszuhändigen, in der sinngemäß stand, dass die Anmeldung unseres Sohnes nicht angenommen werde, da Klagenfurt nicht im Geltungsbereich des Minderheitenschulgesetzes aus dem Jahre 1959 liege. Nun hatten wir es schwarz auf weiß, amtlich: in Klagenfurt wird unseren Kindern das im Staatsvertrag verbriefte Recht auf Elementarunterricht in ihrer Muttersprache vorenthalten. Der Weg zum österreichischen Verfassungsgerichtshof war frei.

[IAG] Wie empfanden Sie die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes? Und wie reagierte die Landespolitik darauf?



Bild: Johann Jaritz / Wikimedia Commons

[JM] Am 15.12.1989 entschied der VfGH: „§10 Abs2 des Minderheiten-Schulgesetzes für Kärnten, BGBl. Nr.101/1959, war verfassungswidrig“. Der Leitsatz der Entscheidung lautet auszugsweise: „Recht auf Elementarunterricht in slowenischer Sprache für Minderheitenangehörige in Kärnten – grundsätzlich landesweit – verfassungsgesetzlich gewährleistet; verfassungswidrige Beschränkung der Ausübung dieses Rechtes durch örtliche Festlegung der für Minderheitsangehörige bestimmten Schulen; ... Einrichtung der Schulen von tatsächlichem Bedarf abhängig; nachhaltiger Bedarf für Klagenfurt gegeben.“ Bundeskanzler und Landeshauptmann wurden verpflichtet, diesen Ausspruch im Bundesgesetzblatt kundzumachen. Mit dieser Entscheidung des VfGH war das allerhöchste Hindernis auf dem Weg zur öffentlichen, zweisprachigen VS in Klagenfurt/Celovec überwunden. Was wir empfanden? Genugtuung und Freude!

Doch ein neues Hindernis baute sich vor uns auf und drohte unsere Stimmung zu trüben: Jörg Haider – zur Abwechslung mal ein echter Oberösterreicher – war mittlerweile als Nachfolger von Wagner

zum Landeshauptmann von Kärnten gekürt worden. Er bezeichnete mit kaum verhohlener Wut den Entscheid des VfGH als ein für die slowenische Minderheit gefährliches Urteil, denn man werde das Urteil auf Punkt und Beistrich umsetzen (eine häufig von ihm verwendete Redeweise, die einschüchtern sollte) und man werde von den Eltern bei der Anmeldung von Kindern den Nachweis ihrer Angehörigkeit zur slowenischen Minderheit einfordern, und dies gleich im gesamten Geltungsbereich des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten. Diese vom berüchtigten Ariernachweis inspirierte, rassistische Drohung ging ins Leere. Erfolgreicher, wenn auch nur für kurze Zeit, war die hartnäckige Weigerung der Landesregierung, rechtzeitig einen Schulstandort in Klagenfurt/Celovec bekanntzugeben. So wurden Anmeldungen von Kindern zum zweisprachigen Unterricht ein weiteres Jahr lang verhindert. Haider und seine willfährigen Beamten setzen auf eine Zermürbung von Eltern und Lehrkräften. Sie hofften so auf ein Scheitern der Schule, noch bevor sie eröffnet werden konnte.

[IAG] Wie kam es schließlich zur Eröffnung der Öffentlichen zweisprachigen Volksschule in Klagenfurt/Celovec?

[JM] Als Antwort auf dieses durchsichtige Manöver begannen meine Frau Tatjana und eine weitere Mitarbeiterin der Initiative vor dem Büro des LH einen Hungerstreik, bis ihnen der Standort für die Schule bekannt gegeben würde. Das Echo war groß und überwiegend positiv, Unterstützung kam durch angesehene Politiker und Institutionen, Intellektuelle und Kulturschaffende aus dem In- und Ausland. Bald danach wurde der Standort für die Öffentliche zweisprachige Volksschule 24 im Gebäude der bestehenden Rennerschule bekanntgegeben. Sie wurde im September 1991 unter großem Medienecho eröffnet.

Davon musste auch der später als Bombenterrorist gefasste Franz Fuchs gehört haben. Er entschloss sich vermutlich bereits damals, dieser nach seiner Weltsicht drohenden großslowenischen Expansion mit allen Mitteln entgegenzutreten.

[IAG] Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem Anschlag im August 1994 und dem politischen Klima, der Politik der damaligen Kärntner Landesregierung?

[JM] Ja, diesen Zusammenhang zwischen den Anschlägen und dem politischen Klima, nicht nur in Kärnten, sondern in der Republik insgesamt, konnte

man nicht übersehen. Wenn man es trotzdem tat, dann aus Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit.

Auch wenn sich das politische Klima in Kärnten in den letzten Jahren verbesserte, aufhellte, weisen die Ereignisse am Peršmanhof und die jüngsten Ortstafelbeschädigungen darauf hin, dass es sich jederzeit wieder wandeln und verdunkeln kann. Nationalismus macht täglich das Wetter und manchmal auch das Klima – so ähnlich formulierte es Heinrich Mann in einem seiner Essays, die im Band Der Hass veröffentlicht wurden. Wenn man verstehen will, wie kurz in einem nationalistisch und rassistisch aufgeheizten Klima der Schritt von verbaler Aggression zu todbringendem Terror werden kann, sollte man dieses Buch zur Hand nehmen. Und wachsam bleiben!

[IAG] Wie steht es Ihrem Empfinden nach um die Aufarbeitung und Erinnerung an den Anschlag? Ist er im Klagenfurter Stadtgedächtnis präsent? Spielt das Gedenken unter der zweisprachigen Bevölkerung und der slowenischen Minderheit in Kärnten eine Rolle, wenn ja, wie würden sie diese beschreiben?

[JM] Ich lebe nicht in Klagenfurt/Celovec, doch scheint mir, dass die Erinnerung an den Anschlag in der Landeshauptstadt nicht präsent ist: Man findet keine wissenschaftliche Aufarbeitung des Bombenanschlages und seines politischen Hintergrundes in Buchform in

Kärntner Buchhandlungen, es gibt wenig bis keine Erinnerungsveranstaltungen. Die Darstellung des Attentats in Dauerausstellungen des Landesmuseums fehlt. Vielleicht sollte eine Hinweistafel auf der Schule an den Anschlag erinnern? Das würde vermutlich auf berechtigten Widerstand stoßen. Wäre ein Gedenkstein auf einem öffentlichen Platz denkbar? Auch das stelle ich mir nicht so leicht vor. Gemeinderat und Stadtsenat könnten sich aber am Denkmal in Oberwart ein Beispiel nehmen. Auch wenn das Ausmaß des Leids, das der Anschlag dort hervorrief, in keinem Verhältnis zu jenem in Klagenfurt/Celovec steht, beide Anschläge tragen dieselbe Handschrift.

Gewiss aber sollte man den Anschlag in Schulbüchern und im Unterricht besprechen, es ging ja um nichts weniger als das bedrohte Leben von Kindern, Lehrerschaft, Eltern und um schwerste Verletzungen von Polizisten, die versuchten, die Bombe zu entschärfen. Es geht um das Leben in Frieden und Gleichberechtigung und die Erziehung zu gegenseitigem Verständnis, es geht um eine gewaltfreie Kultur des Zusammenlebens in unserem Land.

In der Kärntner Presse und den Medien wird die Volksschule 24/Ljudska šola 24 seit ihrer Gründung als Erfolgsmodell – auch international – gepriesen. Der geplante Anschlag gegen sie spielt im öffentlichen Gedenken und im Gedenken der slowenischen Minderheit und

ihrer Organisationen aber – so scheint es mir – keine erkennbare Rolle. Ich kann nur vermuten: Die Bombenserie ist offiziell zu den Akten gelegt, Franz Fuchs, der Attentäter hat sich mit verstümmelten Händen selbst sein von Hass und Gewalt geformtes Leben genommen. Die Frage nach möglichen Mittätern wird wohl nie endgültig beantwortet werden können.

Mit der von der Initiative Minderheiten kuratierten Ausstellung „Man will uns ans Leben“ wurde erstmals zusammenfassend auf den blutigen Bombenterror 1993-1996 erinnert. Den Terror begünstigende und anfachende rechtsextreme, neonazistische, rassistische, ausländerfeindliche und gegen Minderheiten gerichtete Kampagnen und Anschläge der 90er Jahre werden in der Ausstellung dokumentiert. Auch die teils unzulänglichen und ineffizienten Ermittlungen und die nicht selten beschwichtigende offizielle Politik gegenüber dem Rechtsextremismus werden thematisiert.

Den Kuratorinnen der Ausstellung und Autorinnen des Begleitheftes sollte für ihre getane Arbeit gedankt und eine gebührende Auszeichnung verliehen werden.

Die umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung des rechtsextremen Terrors aber steht noch aus. Wann wird sie angegangen werden?



Bild: Samuel Winter



Im letzten Kapitel behandeln wir antifaschistische, handlungsorientierte Perspektiven auf rechten Terror. Der Beitrag von Bianca Kämpf fragt nach Möglichkeiten der antifaschistischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit im Kontext des rechten "Normalzustands" in Österreich und zeigt, welche Potentiale in dieser politischen Arbeit liegen. Der Text des Kollektivs Prozess Report zeigt, wie konkrete antifaschistische Praxis zu rechtem Terror aussehen kann. Abschließend folgt ein Text der IAG, der als erstes Fazit der Broschüre und unserer Diskussionen der letzten Jahre gelesen werden kann.

Was tun? Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Zeiten rechter „Normalzustände“

Bianca Kämpf

Bianca Kämpf ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Rechtsextremismusforschung und -prävention am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Ihre Schwerpunkte umfassen neben der Geschichte und Gegenwart des Rechtsextremismus in Österreich die pädagogische Rechtsextremismusprävention sowie rassismus- und antisemitismuskritische Bildungsarbeit.

Um Erinnerungs- und Gedenkarbeit über rechtsextreme Gewalt ermöglichen zu können, braucht es zunächst das Wissen darüber. Dementsprechend bedeutet eine Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Rechtsextremismus immer auch, sich Gedanken über seine Vermittelbarkeit zu machen: Warum ist es wichtig, über historische Attentate ebenso wie über die Kontinuitäten und Konsequenzen in unseren Gesellschaften aufzuklären? Wie kann gegenwärtig (nicht) über rechtsextreme Gewalt gesprochen werden? Und nicht zuletzt: Was soll damit erreicht werden?

Österreichische Sonderwege

Nach der Zeithistorikerin Heidemarie Uhl ist Österreichs Erinnerungskultur „einige Sonderwege gegangen“:[1] So entstand erst im Laufe der 1990er-Jahre

(also 45 Jahre später) ein breiteres und vor allem auch politisches Bewusstsein über die Notwendigkeit einer aktiven Erinnerungskultur in Bezug auf den Nationalsozialismus, seine Verbrechen und Täter*innen, ebenso wie seine Opfer. Das erklärt sich zum einen daraus, dass in den 1980er-Jahren aufgrund der „Waldheim-Affäre“ und der darauffolgenden internationalen Debatten der sogenannte Opfermythos erodierte, wonach Österreich „das erste Opfer Nazi-Deutschlands“ gewesen sei. Zum anderen war es der globale Paradigmenwechsel, das Erinnern und Gedenken an die Vergangenheit als Mittel zur nationalen Identitätsbildung zu verwenden, der auch in der österreichischen Erinnerungspolitik zu Veränderungen führte. [2] Auch in der demokratischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit ging Österreich einen Sonderweg: Österreich hatte im Gegen-

satz zu (West-)Deutschland geringe Auflagen der Alliierten, diverse Maßnahmen zur Aufklärung und Demokratiebildung im Sinne der „Re-Education“ nach 1945 umzusetzen. Erst ab den 1970er-Jahren sollte sich schrittweise eine schulische und außerschulische (kritische) politische Bildung etablieren. [3] Die Lage der institutionalisierten bzw. nach Richtlinien systematisierten Rechtsextremismusprävention ist in Österreich hingegen bis heute vergleichsweise dünn. [4]

Gleichzeitig wurden ab den Nachkriegsjahren gerade die ideologischen Kontinuitäten des NS-Gedankenguts sichtbar, indem sich rechtsextreme und (neo-)nazistische Gewalt auch nach 1945 fortsetzte: So etwa die „Soucek-Rössner-Verschörung“ und die Gruppe „Werwolf“ (1947), die Attentate des „Befreiungsausschuss Südtirol“ (BAS) der 1950er- und 60er-Jahre, die neonazistischen Aktivitäten der „Aktion Neue Rechte“ (ANR) in den späten 70ern und der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO) und ihren Wehrsportübungen ab den 80er-Jahren, die verschiedenen Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte und besetzte Häuser ab Ende der 1980er und nicht zuletzt der Briefbomben-Terror der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ von 1993 bis 1996, der schließlich vier Todesopfer forderte. [5] Die rechtsextreme Gewalt setzte sich nach den 1990er-Jahren ebenso fort, vor allem in Form von Angriffen und (Brand-)Anschlägen auf Geflüchtete und

Waldheim-Affäre Die „Waldheim-Affäre“ bezeichnet die innerpolitische und internationale Kontroverse ab 1986 rund um den ehemaligen Außenminister (1968 bis 1970), UN-Generalsekretär (1972 bis 1981) und Bundespräsidenten (1986 bis 1992) Kurt Waldheim und dessen Involviertheit in die NS-Verbrechen und die SS.

ihre Unterkünfte. So gut wie allen Anschlägen gingen entweder anonyme Drohungen und/oder politische Hetzkampagnen voraus.

Eine kritische Aufarbeitung der NS-Täter*innenschaft gegen alle ihre Widerstände durch- und umzusetzen, war (zurecht) ein zentrales Anliegen einer kritischen Nachkriegsgesellschaft. Somit stand in der österreichischen Debatte zur (post-)nationalsozialistischen Vergangenheit lange Zeit die Kritik an der fehlenden Auseinandersetzung mit der eigenen Verantwortung und die daraus resultierenden Konsequenzen im Vordergrund. Jener Fokus auf die NS-Aufarbeitung und -Erinnerung mag allerdings über die Jahre hinweg auch dazu geführt haben, dass die Aufarbeitung von rechtsextremer Gewalt nach 1945 vergleichsweise wenig im Blick war. Hinzukommt, dass es im Allgemeinen bis heute weder ein einheitliches noch ein gesellschaftlich breit vorhandenes Wissen über das Phänomen Rechtsextremismus und seine Akteur*innen gibt. [6] Das führt unter anderem dazu, dass ein Bewusstsein über die Gegenwärtigkeit und die Folgen von (extrem) rechter Politik kaum vorhanden ist und sie in ihren Gefahren kaum ernst genommen wird.

Bildung in Zeiten rechter „Normalzustände“

Gegenwärtig sehen wir uns außerdem mit der Herausforderung eines gewis-

sen rechts-autoritären „Normalzustandes“ konfrontiert. Insbesondere seit den Fluchtbewegungen ab 2015 und späterer Krisen – wie der Covid-Pandemie, Kriegen oder der anhaltenden Inflation – ist global eine zunehmende Normalisierung von (extrem) rechten Deutungsmustern und Forderungen zu beobachten. [7] Denn Zeiten der Krisen als permanente Verunsicherung und (vermeintliche oder reale) Bedrohung stellen einen idealen Nährboden für polarisierende und vereinfachende Antworten dar, den sich der Rechtsextremismus strategisch zunutze macht. Dieser gesellschaftliche und politische Rahmen erschwert die Vorhaben der Aufklärung und Bildung über Rechtsextremismus ebenso, wie das Erinnern an die Betroffenen von rechtsextremer Gewalt. Gleichzeitig ist die Präventions- und Bildungsarbeit über (und gegen) Fanatisierung [8] und Rechtsextremismus notwendiger denn je, wenn man etwa auf die steigenden Zahlen an rechtsextremen Straftaten oder Anzeigen bzw. Verurteilungen nach dem Verbotsgesetz blickt.[9]

Damit stellt sich die Frage, wie in Zeiten (extrem) rechter Normalisierungen und globaler Zuspitzungen ein Bewusstsein über jene Dynamiken und seine Folgen geschaffen werden kann. Zunächst sind es allgemein die demokratischen Grundprinzipien der Gleichwertigkeit und Freiheit/en aller bzw. möglichst vieler, die den diskursiven und schließlich sozialen, gesellschaftlichen und

politischen Verschiebungen wieder und vor allem stärker entgegengesetzt werden müssen. Eine Möglichkeit in der praktischen Umsetzung kann dabei sein, die (historische) Erinnerung an rechtsextreme Gewalt zu vermitteln – und zwar nicht (nur) über die Betonung des Grauens in Form von Attentaten, Terror und Mord und den Fokus auf die Täter*innen, sondern viel mehr über die Erfahrungen der Betroffenen. Denn neben dem oft fehlenden Wissen über die Geschichte des Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 wird den Perspektiven der Betroffenen wenig bis keinen Raum gegeben. [10] In Anlehnung an die Ansätze der historisch-politischen Bildungs- und Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus hat die Bildungsarbeit über Rechtsextremismus ähnliche Potentiale: Über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit können Überlegungen und Schlüsse für die Gegenwart gezogen werden. Die zusätzliche Verbindung mit einer Dekonstruktion der gegenwärtigen rechts-autoritären Normalitätsvorstellungen lässt erfahrungsgemäß zu, [11] dass andere gesellschaftliche Verhältnisse als die gegenwärtigen (und vergangenen) nicht nur vorstellbar, sondern möglich sind.

[1] vgl. <https://www.oeaw.ac.at/detail/news/oesterreichs-erinnerungskultur-ist-einige-sonderwege-gegangen>

[2] Ljiljana Radonić, Heidemarie Uhl, „Zwischen Pathosformel und neuen Erinnerungskonkurrenzen. Das Gedächtnis-Paradigma zu Beginn des 21. Jahrhunderts“, in: ebd. (Hrsg.), Gedächtnis im 21. Jahrhundert. Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs, Bielefeld, 2016, S. 7-25.

[3] Günther Sandner, „Kleine Schritte – vorwärts und zurück. Zur Geschichte der politischen Bildung in Österreich“, in: FIPU (Hrsg.), Rechtsextremismus Band 2: Prävention und politische Bildung, Wien, 2016, S. 20-38, hier: 25f.

[4] Elke Rajal, Andreas Peham, „Rechtsextremismusprävention in der Schule: Möglichkeiten und Grenzen“, in: Goetz/Reitmair-Juárez/Lange (Hrsg.), Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention, Wiesbaden, 2022, S. 23-35.

[5] In der Nacht vom 4. auf den 5. Februar 1995 wurden durch eine Rohrbombe die vier Roma Erwin Horvath, Karl Horvath, Peter Sarközi und Josef Simon am Rande von Oberwart getötet, als sie eine Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ entfernen wollten; siehe etwa Andreas Peham, „Zur Terrorkampagne der ,Bajuwarischen Befreiungsarmee‘“, Antifaschistisches Infoblatt 124, 2019, online verfügbar unter <https://antifainfoblatt.de/aib124/zur-terrorkampagne-der-bajuwarischen-befreiungsarmee>

[6] In Österreich – ähnlich wie in Deutschland – ist nach wie vor die Verwendung eines generischen Extremismusbegriffs geläufig: Orientiert an der sogenannten Hufeisen-Logik würden links und rechts der „Mitte“ die „Extreme“ liegen. Neben der (falschen) inhaltlichen Gleichsetzung von links und rechts gerät dabei die latente (verbale und psychische) Gewalt als wichtiges Merkmal von Rechtsextremismus aus dem Fokus, indem sich auf die manifeste (physische) Gewalt und eine direkte Ablehnung der demokratischen Verfassung beschränkt wird.

[7] Normalisierung meint hier die rationalisierte Überschreitung von bestehenden Normen, also die schrittweise Durchsetzung von Brüchen mit demokratischen Normen und Werten als (neue) Normalität (vgl. Jan-Werner Müller, „Wie die Normalisierung der extremen Rechten zur Normalität wird“, [derstandard.at](https://www.derstandard.at/story/3000000258217/wie-die-normalisierung-der-extremen-rechten-zur-normalitaet-wird), 21.02.2025, online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000258217/wie-die-normalisierung-der-extremen-rechten-zur-normalitaet-wird>, letzter Zugriff 31.10.2025).

[8] Fanatisierung bzw. Fanatismus bezeichnet den Prozess der Radikalisierung, den Absolutheitsanspruch der eigenen Überzeugungen und die (bedingungslose) Durchsetzung der eigenen Ziele, auch mit Gewalt.

[9] Rechtsextreme Straftaten sind etwa im ersten Halbjahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um über 40% gestiegen, wie aus einer Anfragebeantwortung aus dem Innenministerium hervorgeht (Quelle: <https://orf.at/stories/3405107/>).

[10] Eine gelungene Ausnahme ist die Wanderausstellung „Man will uns ans Leben! | Bomben gegen Minderheiten 1993-1996“ der Initiative Minderheiten, die ab 2024 in verschiedenen österreichischen Museen zu sehen war (siehe hier <https://initiative.minderheiten.at/wordpress/index.php/2024/04/ausstellungbomben-gegen-minderheiten-rechter-terror-1993-1996/>).

[11] Die Autorin ist selbst seit Jahren in der Präventions- und Bildungsarbeit zu Rechtsextremismus tätig.

"Rechter Terror vor Gericht"

kritische Einordnung rechter Gewalt und juristischer Konsequenzen

Prozess Report

Prozess Report ist ein Kollektiv, das seit 2014 Gerichtsprozesse in ganz Österreich kritisch beobachtet und darüber berichtet. Ehrenamtlich organisiert liegt der Fokus der beobachteten Verfahren derzeit auf rechtsextremen bis neonazistischen Vorfällen. Ziel ist es Zusammenhänge aufzuzeigen und solidarisch mit Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt zu sein.

Prozess Report ist ein Kollektiv, das seit 2014 Gerichtsprozesse in ganz Österreich kritisch beobachtet. Entstanden sind wir aus Solidarität mit den Angeklagten im sogenannten „Fluchthilfeprozess“ in Wiener Neustadt. Ausgehend von diesem Fall beschäftigen wir uns seither intensiv mit der Kriminalisierung von Migration und Protesten. Im Laufe der Jahre haben sich unsere Themenfelder und Schwerpunkte mehrfach verändert, derzeit konzentrieren wir uns insbesondere auf Verfahren im Zusammenhang mit rechtsextremen und neonazistischen Vorfällen. Unsere Beobachtungen entstehen ehrenamtlich und im Kollektiv. Das bedeutet: Wir tauschen uns regelmäßig aus, diskutieren, wo wir problematische Dynamiken erkennen, welche Machtstrukturen sichtbar werden – und warum uns manche Verfahren besonders lange beschäftigen. Unser Ziel ist es, zur

Aufklärung über Rechtsextremismus in Österreich beizutragen. Dabei arbeiten wir mit „Stoppt die Rechten“ zusammen, einer Plattform, die unsere Prozessberichte veröffentlicht, sie in einen größeren Kontext stellt und so einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht.

Durch unseren derzeitigen Fokus auf rechtsextreme und neonazistische Prozesse sind wir häufig mit der Frage konfrontiert, wie in österreichischen Gerichtssälen mit Rechtsextremismus umgegangen wird. Dabei geht es nicht nur um einzelne Verhandlungen, sondern auch um politische Zusammenhänge und ein System, in dem Gerichte ihrer gesellschaftlichen Verantwortung oft nicht ausreichend nachkommen. Warum ist das so – und was kann kritische Prozessbeobachtung verändern? Diese Fragen sollen im Beitrag auf Basis

unserer eigenen Beobachtungen erörtert und beantwortet werden.

Bagatellisierung von Rechtsextremismus vor Gericht [1]

Rechtsextreme Gewalt zeigt sich in vielen Formen – sie reicht von Bedrohungen und Übergriffen bis hin zu organisierter Hetze im Netz. Doch sie tritt selten isoliert auf: Hinter einzelnen Taten stehen gesellschaftliche Strukturen, politische Entwicklungen und ideologische Kontinuitäten. Rechtsextreme oder neonazistische Taten werden vor Gericht meist als Einzelfälle behandelt, ohne die dahinterliegenden, wiederkehrenden Zusammenhänge zu betrachten.

Rechtsextreme Taten werden oft als vermeintliche Einzelfälle verharmlost, während größere Kontexte und Netzwerke ignoriert oder beiseitegeschoben werden. Die systematische Gewaltbereitschaft, die Teil der Ideologie ist, wird vielfach verkannt. Gleichzeitig liegt es in der Natur von Gerichtsprozessen, dass die Aussagen der Angeklagten eine zentrale Rolle einnehmen. Umso wichtiger ist es, den bewusst gewählten Selbstinszenierungs- und Verharmlosungsstrategien etwas entgegenzusetzen und die O-Töne von rechtsextremen Beschuldigten nicht unkommentiert zu lassen.

Nicht zu unterschätzen ist, wie Prozessentscheidungen oder Verfahrenseinstellungen, insbesondere Freisprüche, zur Normalisierung menschenverach-

tender Einstellungen und Taten beitragen können. Gerade, wenn es um Hass im Netz geht, zeigt sich, wie viel mittlerweile sagbar geworden ist und welches politische Klima zukünftige Gewalttaten legitimieren und befeuern kann.

Plädoyer für mehr kritische Öffentlichkeit

Zwar ist der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck in der Öffentlichkeit deutlich spürbar, was in den Gerichtssälen passiert, bleibt trotzdem weitgehend unbeachtet. Bei der Fülle an Gerichtsprozessen ist es Medien nicht möglich, über alle zu berichten, es bleibt oft wenig Zeit für tiefergehende Recherchen, wenn der Redaktionsschluss drängt. Die Abwesenheit öffentlicher Aufmerksamkeit ermöglicht es, Täter*innen und ihre Verantwortung zu verschleiern oder Verfahren unbeachtet verlaufen zu lassen. Die bereits thematisierte Selbstinszenierung vor Gericht ist ein zentrales Problem der Berichterstattung. Die politische Gesinnung und das mögliche Umfeld der Angeklagten dürfen nicht ausgeblendet werden, auch wenn sie oft nicht verfahrensrelevant sind. Hier sind vor allem Journalist*innen in der Verantwortung, die beispielsweise allzu häufig Behördenaussendungen unhinterfragt übernehmen und so zur Entpolitisierung und Verharmlosung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beitragen. Seien es Angriffe nach rechten Demonstrationen [2], aufgeflogene Waffenlager [3] oder rechtsextreme

Vorfälle bei der Polizei [4] und im Bundesheer [5] - politische Motive werden zu schnell ausgeschlossen, während man nach immer professioneller inszenierten Ermittlungserfolgen den „erneuten Schlag gegen Rechtsextremismus“ verkündet. Vor Gericht sieht das dann selten so erfolgreich aus. [6]

Aufklärung von rechtem Terror? Fehlanzeige

Ein Prozess, der uns nachhaltig innerhalb des Kollektivs beschäftigt hat, fand im Dezember 2023 und Februar 2024 am Landesgericht Leoben statt und behandelte einen Sprengstoffanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete im September 2010 in Graz. Nur durch Glück wurde damals niemand schwer verletzt, ein Bewohner stürzte jedoch, als er nachschauen wollte, was passiert war. Schnell ging man in Österreich zur Tagesordnung über, der Anschlag schien vergessen. Bis im Oktober 2021 das Bundesministerium für Inneres bekannt gab: „Sprengstoffanschlag auf Asylunterkunft in Graz geklärt“. [7] Im dreitägigen Strafprozess konnten wir eindrücklich beobachten, wie vorschnell diese Aussage war.

Angeklagt waren drei Männer im Alter von 28 bis 32 Jahren, die Teil der damaligen rechtsextremen Szene in Mariazell gewesen waren. Neben dem Vorwurf der Beteiligung am Sprengstoffanschlag auf die Geflüchtetenunterkunft wurden auch verschiedene Taten nationalsozia-

listischer Wiederbetätigung verhandelt. Am ersten Verhandlungstag zog der Erstangeklagte sein Geständnis zurück, da er behauptete, vom Verfassungsschutz unter Druck gesetzt worden zu sein und sich den Tathergang inklusive der Beteiligung der weiteren Angeklagten bloß ausgedacht habe. Zudem kam es zu zahlreichen Ermittlungsspannen im Zuge der Aufarbeitung des Falls. Es folgte wenig überraschend ein Freispruch aller für den rassistisch motivierten Sprengstoffanschlag Angeklagten.

Der dreitägige Prozess war außerdem von Verharmlosungen geprägt, so sprach man immer wieder von der „rechten Szene“ oder „rechten Jugendlichen“, die sich damals trafen. Eine entpolitisierende Sprache, angesichts der rechtsextremen bis neonazistischen Umtriebe in Mariazell. [8] Dass es hier um das Leben von Menschen ging, geriet viel zu oft in den Hintergrund. Das zeigte sich auch im Umgang mit den Betroffenen, die bis auf eine sehr kurze Aussage eines damals führenden Caritas Mitarbeiters, kein Teil der Beweisaufnahme waren. Erwartungsgemäß zeigten sich die zuständigen Ermittlungsbehörden auf kritische Nachfragen nicht sehr gesprächsbereit, zudem fehlt(e) der öffentliche Druck um lückenlose Aufklärung einzufordern. [9]

Prozessbeobachtung als antifaschistische Praxis

Doch nicht nur bei Fällen rechtsextremer Gewalt, wie den gerade beschriebenen, muss vor Gericht genau hingeschaut werden. Zentral ist hier der unzureichende Umgang mit Betroffenen in Österreich.

Wie auch das Beispiel aus Leoben zeigt, wird ihnen oftmals wenig Zeit eingeräumt, ihre Erfahrungen vor Gericht zu schildern – und wenn sie doch die Möglichkeit bekommen, werden ihre Berichte meist emotionalisiert oder als nicht relevant abgetan. Gleichzeitig besteht die Gefahr einer Retraumatisierung, insbesondere durch den unsensiblen Umgang von Polizei und Justiz, auch Täter-Opfer-Umkehr und weitere Diskriminierungserfahrungen sind keine Seltenheit. Unsere Anwesenheit im Gerichtssaal ist also nicht nur wichtig, um Täter*innen und ihre Motive kritisch zu beleuchten, sondern auch, um Betroffenen beizustehen. Prozessbeobachtung bedeutet daher auch Solidarität – mit jenen, die von rechter, antisemitischer und rassistischer Gewalt betroffen sind, und mit allen, die sich gegen ihre Verharmlosung einsetzen und deshalb immer wieder mit Kriminalisierungsversuchen konfrontiert sind.

Diese Solidarität bedeutet auch, zu gedenken und zwar den Wünschen der Betroffenen entsprechend. Es bedeutet ihnen zuzuhören [10] und gemeinsam

mit Überlebenden und Angehörigen gegen das Vergessen, für Aufklärung, Gerechtigkeit und Konsequenzen zu kämpfen.

- [1] Ausführlicher in unserer Broschüre zum Prozess gegen die neonazistische „Europäische Aktion“ <https://prozess.report/rechtsextremismus/eabroschuere>
 - [2] Vgl. <https://www.ikg-wien.at/nachrichten/gezielter-angriff-gegen-oesterreichische-juden-wir-wehren-uns>
 - [3] Vgl. <https://www.stopptdierechten.at/waffenfunde-ab-2019>
 - [4] Vgl. <https://www.stopptdierechten.at/vorfaelle-polizei-ab-herbst-2020>
 - [5] <https://www.stopptdierechten.at/einzelfaelle-bundesheer-ab-sommer-2020>
 - [6] Dazu z.B. unseren Prozessbericht gegen Peter Binder <https://prozess.report/prozesse/peter-b-erneut-vor-gericht; Prozesse im Bandidos/Objekt21-Komplex, die wir bis heute begleiten> <https://www.stopptdierechten.at/2025/08/19/der-bandidos-komplex-ueberblick-zu-den-bisherigen-urteilen>
 - [7] https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211011_OTS0066/sprengstoffanschlag-auf-asylunterkunft-in-graz-geklaert
 - [8] Vgl. <https://maydaygraz.wordpress.com/rechtsextremismus-dokumentiert/fpo-usw/201004-ortsgruppe-stammtisch-neonaziclique-die-fpo-mariazell/>
 - [9] Mehr dazu <https://prozess.report/rassistischer-sprengstoffanschlag-vor-gericht>
 - [10] Ibrahim Arslan, Aktivist und Überlebender der rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992, macht das in seinem Zitat sehr deutlich: „Die Überlebenden und Betroffenen sind keine Statist*innen, sie sind die Hauptzeug*innen des Geschehenen.“ <https://stopp-zuhoeren-begegnen.de/schild/betroffenen-zuhoeren>
- Die Ausstellung „Stopp. Zuhören. Begegnen“ zeigt eindrucksvoll die Geschichte von Widerstand und Resilienz im Kontext des Erinnerns an rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Nordrhein-Westfalen nach 1945; auch die Ausstellung der „Initiative Minderheiten“ über den rechten Terror in Österreich von 1993–1996 zeigt wie betroffenenzentrierte Praxis aussehen kann und muss <https://initiative.minderheiten.at/wordpress/index.php/2024/04/ausstellungbomben-gegen-minderheiten-rechter-terror-1993-1996/>

Was bedeutet antifaschistisches Gedenken?

Initiative Antifaschistisches Gedenken

Mit dieser Broschüre wollen wir einen Beitrag zum Gedenken an den rechten Terror der 90er Jahre leisten. An allererster Stelle steht für uns hier die Erinnerung an die Opfer und Betroffenen des Bombenterrors und ganz besonders an die vier ermordeten Roma Josef Simon, Peter Sarközi, Erwin Horvath und Karl Horvath. Wir wollen aber auch den gesellschaftlichen und politischen Kontext thematisieren, in dem der Terror entstanden ist. Denn Entpolitisierung und Verharmlosung von rechtem Terror führen niemals dazu, dass er sich nicht wiederholt. Gesellschaftliche und politische Verantwortungsübernahme spiegeln sich in einer gelungenen Gedenkkultur wider. Und von einer solchen kann im Fall des rechtsextremen Bombenterrors der 1990er sicher nicht gesprochen werden.

Die meisten Österreicher*innen wissen besser Bescheid über die vermeintlichen psychischen Diagnosen des verurteilten Täters, als über die Empfänger*innen der Bomben und den politischen Charakter der Gewaltserie. Die Tatsache, dass die Erinnerung an rechten Terror den Täter in den Mittelpunkt stellt, gibt ihm einerseits noch mehr Macht und Aufmerksamkeit - und damit auch der Ideologie, die hinter der Gewalt steckt. Andererseits macht der Täter-Fokus jene unsichtbar und ungehört, die von der Gewalt direkt betroffen waren und sind - und ihnen die Stimme zu nehmen, ist eines der Ziele von rechtem Terror. Er soll Menschen - stellvertretend für eine ganze Gruppe - einschüchtern, verletzen und sogar töten. Sie sollen zum Schweigen gebracht und aus der Gesellschaft verdrängt werden. Rechte Terrorist*innen stellen den Anspruch, darüber entscheiden zu



Bild: Samuel Winter

dürfen, wer Teil einer Gesellschaft sein darf und wer nicht - und sie setzen diese Vorstellungen ganz konkret in gewaltvolle Taten um.

Eine Funktion des Täter-Fokus im Gedenken an den Bombenterror ist ohne Zweifel die Abwehr dessen, dass rechte Gewalttäter*innen die Produkte der Gesellschaft sind, in der wir alle leben: ein post-nazistisches, von Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit geprägtes Österreich. Auf die konkreten ideologischen Hintergründe des oder der Täter*innen und die Motive, die etwa hinter der Auswahl der Opfer standen, wird im Diskurs bis heute kaum eingegangen und wenn, wird kaum ein Zusammenhang mit der österreichischen Geschichte, Kultur und Politik hergestellt.

In den allermeisten Fällen sind es die Hinterbliebenen und die direkt Betroffenen selbst, die das Schweigen brechen und über die Verbrechen reden, die ihnen und ihren Angehörigen angetan wurden. Sie sind es auch, die Gedenkrituale initiieren und durchsetzen. Die, die dafür kämpfen, dass ihnen zugehört wird und dafür, dass Verantwortung übernommen wird. Auch im Fall des Mordanschlags von Oberwart sind es die Hinterbliebenen - wie z. B. Manuela Horvath - die das Gedenken tragen.

Die zentrale Frage in unserer Arbeit war von Anfang an, wie eine von Solidarität und Aufrichtigkeit geprägte Gedenkkul-

tur aussehen könnte und sollte. Deshalb war es uns auch sehr wichtig, den Perspektiven der Betroffenen besonders viel Raum zu geben. In jedem Gespräch, das wir mit Betroffenen, Zeitzeug*innen und Aktivist*innen geführt haben, war der Konsens völlig eindeutig: Die Erinnerung an kollektiv erlebte Gewalt muss von den Angehörigen des Kollektivs gestaltet werden dürfen. Eine „Top-Down“-Gedenkkultur ist nichts als ritualisierte Fassade.

Das soll aber keinesfalls bedeuten, dass die Mehrheitsgesellschaft keine Verantwortung für das Gedenken tragen soll, oder gar, dass die Betroffenen völlig allein für das aktive Erinnern zuständig wären. Doch ein Gedenken muss die betroffenen Menschen und Gruppen immer direkt mit einbeziehen und kann nur in engem Austausch mit ihnen stattfinden.

...und warum antifaschistisch?

Auf einer Veranstaltung sind wir mal gefragt worden, ob es denn schlau wäre, dass wir den Begriff Antifaschistisch in unserem Namen tragen, ob man damit denn nicht abschreckend wirken würde. Wir versuchen in unserer Arbeit, unterschiedliche Zugänge von Erinnerungsarbeit zu rechtem Terror zu beleuchten. Für uns ist dabei völlig klar, dass wir in einer antifaschistischen Tradition stehen. Dies ergibt sich auch aus unserer Analyse, dass der Bombenterror der 1990er Jahre in Kontinuität mit der

österreichischen faschistischen Vergangenheit steht.

Antifaschismus hat viele Facetten, er steht manchmal im Zeichen des Straßenkampfs, manchmal von komplizierten Theoriedebatten, dann wieder von Partei- und Vereinsarbeit, er wird zur Praxis in Wissenschaft oder Medienarbeit und sogar in Parlamenten. Was alle Antifaschist*innen eint, ist der gemeinsame Kampf gegen den Faschismus – das sagt ja schon der Name.

Antifaschismus heißt lebendige Solidarität, ganz besonders mit denen, die von rechter Gewalt und Unterdrückung betroffen sind.

Antifaschismus bedeutet immer für ein „Nie Wieder“ zu kämpfen. Und ein „Nie Wieder“ ist nur möglich, wenn das, was sich nicht wiederholen soll, aufgearbeitet und erinnert wird. Wenn diese Erinnerung allerdings rein in Form von hohlen Ritualen und ohne tiefgreifende Auseinandersetzung mit dem Kontext stattfindet, in dem die rechte Gewalt (und Herrschaft) entstanden ist, wird Erinnern nichts dazu beitragen, dass das, was war, nie wieder passiert.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Frage, wie eine antifaschistische Gedenkpraxis aussehen kann und sollte, und wie sie etabliert werden kann. In der gemeinsamen Erarbeitung dieser Broschüre sind wir möglichen Antworten ein bisschen näher gekommen: in

vielen Gesprächen, Interviews, Diskussionen, Vorträgen, bei der gemeinsamen Lektüre und beim zusammen Reflektieren und Schreiben. Wir hoffen, dass wir möglichst viele Leser*innen von der Notwendigkeit einer antifaschistischen Gedenkpraxis überzeugen konnten und freuen uns über Feedback und natürlich auch über Unterstützung bei unserer Arbeit.

Für eine solidarische, antifaschistische Gedenkkultur!



Wichtige Begriffe und Weiterlesetipps

Antislawischer Rassismus / Antislawismus

Antislawischer Rassismus oder auch Antislawismus beschreibt die Abwertung einer konstruierten slawischen "Rasse" bzw. von Menschen, die dieser zugeordnet werden. Gemeint sind damit hauptsächlich slawischsprachige Menschen. Sie werden häufig als *weiß*, aber dennoch als kulturell, sowie biologisch minderwertig konstruiert. Antislawischer Rassismus reicht von rassistischen Stereotypen, über verbale Diskriminierung, bis hin zu körperlicher Gewalt und struktureller, staatlicher Diskriminierung. Antislawismus ist in der österreichischen Kultur tief verankert, dies zeigt sich etwa an der politischen und sprachlichen Benachteiligung der slawischsprachigen Teile der Habsburgermonarchie, an der antiserbischen Propaganda vor und während des Ersten Weltkriegs, und auch an der systematischen Gewalt und Diskriminierung der Nationalsozialisten gegen slawischsprachige Minderheiten (speziell gegen die slowenische Minderheit in Österreich), um nur ein paar Höhepunkte zu nennen. Eine spezifische Form des Antislawismus ist der Antislo-

wenismus, welcher vor allem in der Politik und Mehrheitsbevölkerung Kärnten/Koroškas tief verankert ist. Mehr zu Antislowenismus findet sich etwa bei Goetz (2012, siehe Weiterlesetipps).

Antiziganismus

Unter dem Begriff Antiziganismus fassen wir eine rassistisch begründete Abwertung von Menschen, die mit dem Z-Wort fremd-identifiziert werden. Der Begriff bezieht sich auf eine ideologische Einstellungen, sowie auf die daraus resultierenden alltäglichen Diskriminierungen, bis hin zu gewalttätigen Übergriffen. Antiziganistische Vorurteile drehen sich häufig um Zuschreibungen von Fremdheit, abweichendem Verhalten, "Unzivilisiertheit", "Arbeitsscheue", Nomadentum, "Heimatlosigkeit", Bettelei und Kriminalität. Vermeintlich positive Zuschreibungen wie Musikalität, Leidenschaftlichkeit, Ungebundenheit und ein freier Lebensstil bilden dabei lediglich die Kehrseite der gleichen Medaille. Die Vorurteile des Antiziganismus bilden sich nicht anhand realer Erfahrungen, sondern sie sind ein fester Bestandteil bürgerlicher Kultur. Sinti*zze und Rom*nja, sowie Jenische

werden besonders häufig Betroffene von Antiziganismus, antiziganistische Diskriminierung kann jedoch auch andere Personen betreffen.

Historisch bildet der Nationalsozialismus und der Völkermord an den europäischen Sinti*zze und Rom*nja den Höhepunkt antiziganistischer Diskriminierung und Verfolgung. Die Verbrechen und die Opfer wurden in den Nachkriegsgesellschaften schnell verdrängt, die Täter*innen fast nie zur Rechenschaft gezogen.

Obwohl der Begriff umstritten ist, nutzen wir ihn, da er unserer Meinung nach den projektiven Charakter des Antiziganismus am besten fassen kann.

Rechtsextremismus

Als ideologische Kernelemente des Rechtsextremismus gelten Antiegalitarismus, Volksgemeinschaftsdenken und Autoritarismus.

Rechtsextremes Denken verneint die Gleichheit aller Menschen. Es stehen nicht individuelle Unterschiede im Vordergrund, sondern eine als natürlich definierte Ungleichwertigkeit von Menschengruppen ("Völker", "Kulturen", "Rassen" usw.). Das "Volk", als eine Einheit mit unveränderlichen Eigenschaften, steht im Zentrum des rechtsextremen Weltbildes.

Die "Volksgemeinschaft" wird besonders im postnazistischen Kontext als eine homogene, organische Blutsgemeinschaft, innerhalb derer es keine Interessengegensätze geben darf, gedacht. Innere wie äußere Feinde müssen im völkischen Denken bekämpft werden.

Eine strenge Hierarchie in allen Gesellschaftsbereichen wird als natürliche Notwendigkeit gesehen und die Unterordnung des Einzelnen in diese Hierarchien gefordert.

An den drei Kernelementen lassen sich noch weitere Merkmale des Rechtsextremismus ableiten, wie Sozialdarwinismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus, etc.), Antifeminismus und Ultrationalismus.

Rechtsterrorismus

Die Begriffe Rechtsterrorismus und rechte Gewalt beschreiben grundsätzlich physische Gewalt die aus politisch rechten Motiven ausgeübt wird. Zentral für rechten Terror ist die kommunikative Wirkung: Rechtsterrorist*innen geht es um das Senden einer Botschaft. Die direkten Opfer stellen nicht zwangsweise die primäre Zielgruppe dieser Botschaft dar, sie werden vielmehr als Stellvertreter*innen einer „Feindgruppe“ angegriffen. Darüber hinaus richtet sich rechter Terror auch an potenzielle Nachahmer*innen, mit dem Ziel, diese zu bestärken und zu weiteren

Taten zu motivieren. Dies hat zur Folge, dass auf Ereignisse rechten Terrors oft weitere Gewalttaten folgen.

Rechter Terror kann sich gegen all jene richten, die von Neonazis und Rechtsextremen als Feinde markiert werden. Die Gewalt soll die als Feind markierten Personen einschüchtern, verängstigen und teils auch zu Gegenreaktionen provozieren.

Rechter Terror ist nur im Kontext der Gesellschaft, die diesen hervorbringt, zu verstehen. So sind konkret etwa die Anschläge und Morde im Brief- und Rohrbombenterror nicht ohne die vorangegangene rassistische Hetze und mediale, sowie politische Feindmarkierungen zu verstehen.

Weiterlesetipps

Akani Yassir, Sabisch Kaja [Hg.] (2025): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus - Inter- und transdisziplinäre Analysen.

Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens, 2011: Friede, Freude, deutscher Eintopf. Rechte Mythen, NS-Verharmlosung und antifaschistischer Protest.

Coester Marc et al (2023): Rechter Terrorismus. International - digital - analog.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1994): Handbuch

Rechtsextremismus in Österreich. Eine aktualisierte Ausgabe erscheint im März 2026

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (2025): Rechtsextremismus in Österreich 2023. Unter Berücksichtigung der Jahre 2020 bis 2022. https://www.doew.at/cms/download/2ga0l/rechtsextremismus_in_oe_2023.pdf

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2014): Rechtsextremismus. Band 1: Entwicklungen und Analysen.

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2017): Rechtsextremismus. Band 2: Prävention und politische Bildung.

Goetz Judith (2012): Bücher gegen das Vergessen. Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung.

Gruppe für organisierten Antifaschismus [wien] (2025): In Gedenken an die Todesopfer rechter Gewalt nach 1945 in Österreich. Laufend aktualisierte Auflistung aller bekannter Todesopfer unter: <https://gfoa.noblogs.org/post/2025/04/08/in-gedenken-an-die-todesopfer-rechter-gewalt-nach-1945-in-oesterreich/>

Horvath Stefan (2007): Katzenstreu. Erzählung.

initiative kritisches gedenken Erlangen (2022): Thesen zum Gedenken als Kritik. In: Brinkmann Christina, Krüger Nils, Schreiter Jakob: Der Halle-Prozess: Hintergründe und Perspektiven.

Klubs Slowenischer Student*innen Wien/Dunaj, Graz/Gradec, Klagenfurt/Celovec (2020): 100 Jahre nichts zu feiern. Aspekte antislownischer Kontinuität in Kärnten/Koroška./Naše vse je upor. Sledi protislovenske tradicije na Koroškem.

Purtscheller Wolfgang [Hg.] (1998): Delikt: Antifaschismus. Briefbombenterror in Österreich und Kriminalisierungskampagnen von Rechts.

Roma Volkshochschule Burgenland / Romengeri Flogoskeri Utschi Ischkola Burgenland 1/2025: RomaCajtung 1 - 2025. online verfügbar: https://www.vhs-roma.eu/wp-content/uploads/2025/01/Cajtung_1_2025.pdf

Romano Centro: Romane Thana. Orte der Roma und Sinti [online-Ausstellung] www.romane-thana.at

Schneller Erich, Klinger Annemarie (2015): Das Attentat von Oberwart: Terror, Schock und Wendepunkt.

Schwarz Karolin (2020): Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus.

Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten Nr. 131 (2024). Sonderausgabe:

Begleitheft zur Ausstellung „Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993-1996“. Online verfügbar unter stimme.minderheiten.at

Stojek Nicolas (2024): Terrorkultur. Eine strategische Untersuchung des rechtsextremen militanten Akzelerationismus.

Vášek Thomas (1999): Ein Funke genügt. Die Briefbombenattentate. Der Fall Franz Fuchs.

Winckel Anneke (2002): Antiziganismus. Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland.

Zimmermann Mahriah: Rechtsextremismus vor Gericht. Verantwortung und Leerstellen der Prozessberichterstattung. In: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (2021): Rechtsextremismus Bd. 4: Herausforderungen für den Journalismus.

